Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstr. 17. Fernspr. 6802. Sprechstunde täglich von 11—12

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- und Feiertags in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit", sowie wöchentlich abwechselnd: „Die Frau der Zeit" und „Für die arbeitende Jugend".

Verlag u. Expedition: Halle, Gr. Ulrichstr. 27. Fernspr. 5407. Postscheckkonto Erfurt Nr. 11092

Nr. 121

Bezugspreis: Durch Austräger zugestellt monatlich 6.00 Mk. einschließlich Trägerlohn. Für Abholer 5.50 Mk. Durch Postbezug im Vierteljahr 18.—; monatlich 6.00 Mk. einschl. Bestellgeld.

Halle, Freitag, den 27. Mai 1921

Anzeigenpreis: Im nichtgespalt. Anzeigenteil kostet das Millimeter 4.50 M., desgleichen Reklame im dreigespaltenen Textteil 2.50 M. Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr.

5. Jahrgang.

BIBLIOTHEK HALLE (SAALE)

Deutschlands Arbeit im Wiederaufbaugebiet erwünscht!

Im Ancretal der erste Versuch.

Paris, 26. Mai. (WTB.) Gestern vormittag empfing Ministerpräsident Briand die Mitglieder des Bureaus des Aktionsausschusses für die zerstörten Gebiete, denen sich mehrere Parlamentarier angeschlossen hatten. Der Präsident des Ausschusses, der seinerzeit anläßlich des von der C. G. T. organisierten Kongresses gebildet worden ist, aber eine durchaus selbständige Körperschaft darstellt, wies auf die traurige Lage der geschädigten Bewohner hin, die sich mit Besprechungen nicht mehr begnügen wollten, sondern von der Regierung einen Gesamtplan für den Wiederaufbau verlangten. Der Sekretär des Ausschusses, Doucedame, verlangte, daß so bald als möglich in den besonders schwer verwüsteten Gebieten, der sogenannten „roten Zone", ein Versuch mit der deutschen Teilnahme am Wiederaufbau durch Lieferung von Materialien und Arbeitskräften gemacht werde. Senator Carventier und Deputierter Deguise erklärten, ein großzügiger Wiederaufbauplan ohne Mitarbeit aller Völker, insbesondere des deutschen, sei unmöglich.

Ministerpräsident Briand erwiderte, er sei ohne Vorbehalt für die Verwendung deutschen Materials und ebenso für die Hinzuziehung deutscher Arbeitskräfte unter der Voraussetzung, daß es sich um gelernte Arbeiter handle, und daß die Einwohner der fraglichen Gebiete damit einverstanden seien. Die deutsche Mitarbeit in natura, die unter der vorigen „alldeutschen" Regierung nicht in Frage gekommen sei, scheine jetzt verwirklicht werden zu können. Er glaube tatsächlich an die Aufrichtigkeit der neuen deutschen Regierung, die anerkannt Anstrengungen mache, um ihre Verpflichtungen innehalten zu können. Briand sagte, er stehe einem sofortigen Versuch der Verwendung deutscher Arbeitskräfte in der „roten Zone" günstig gegenüber. Er schloß mit der Bemerkung, er wünsche mit dem Ausschuß in Fühlung zu bleiben und würde nichts unterlassen, ihm die Beschlüsse der Regierung mitzuteilen.

25 000 Holzhäuser.

Paris, 25. Mai. (WTB.) Ueber die Angelegenheit der von Deutschland zu liefernden 25 000 Holzhäuser für den Wiederaufbau in Nord- und Ostfrankreich bringt der „Intransigeant" folgende Mitteilungen: Ueber die Auswahl der Häuser, d. h. über ihren Plan und Preis, sei bis jetzt weder etwas bestimmt, noch verhandelt worden. Am nächsten Freitag werde in Paris eine Konferenz zwischen Technikern des französischen Ministeriums der befreiten Gebiete und deutschen Technikern stattfinden, die besonders zu diesem Zwecke von Berlin kämen. Man habe davon gesprochen, Deutschland einen bestimmten Abschnitt zu überweisen, dessen vollständigen Wiederaufbau es fest übernehmen solle. Im Ministerium der befreiten Gebiete fasse man hierüber das Tal der Ancre zwischen Arras und Amiens ins Auge. Dort sollten die Deutschen an Ort und Stelle die Angelegenheit prüfen und schließlich Pläne und Preisangaben aufstellen. Dann werde man sich entscheiden.

Die französische Kammer stützt die Imperialisten.

Paris, 22. Mai. (Havas.) Der zweite Teil der Tagesordnung, der der Regierung das Vertrauen ausspricht und ihr zur Durchführung der Entwaffnung und der vollständigen Bezahlung mit sofortiger Anwendung der Sanktionen im Notfall das Recht gibt, wurde mit 390 gegen 162 Stimmen angenommen. Die Tagesordnung Arago wird in ihrer Gesamtheit mit 419 gegen 171 Stimmen angenommen.

Nach Schluß der Debatte werden zwölf Tagesordnungen eingebracht, Ministerpräsident Briand nimmt die Tagesordnung Arago an, die besagt: Die Kammer vertraut darauf, daß die Regierung durch die streng kontrollierte Entwaffnung Deutschlands und durch die von Deutschland anerkannte restlose Bezahlung der Schuld das Recht Frankreichs durchsetzen wird und daß sie entsprechend ihren Erklärungen die unmittelbare Anwendung der Sanktionen verlangen wird, falls Deutschland gegen die von den Verbündeten unterzeichneten Verpflichtungen des Londoner Abkommens verstößt. Die Kammer vertraut weiter darauf, daß die Regierung in der oberschlesischen Frage die strittteste und loyalste Ausführung der Bestimmungen des Versailler Friedensvertrags sichern wird. — Namens der Radikalen und Radikalsozialisten erklärte Herriot, die Regierung habe nichts Wunderbares vollbracht, aber angesichts der großen Schwierigkeiten müsse man doch sagen, daß sie ein nützliches Werk geschaffen habe. Frankreich könne mutig in die Zukunft blicken. — Die Kammer stimmte über die Tagesordnung Arago getrennt ab. Der erste Teil der Tagesordnung, der das von Deutschland angenommene Ultimatum von London als das Minimum der unerläßlichen Garantien für die Sicherheit und die Wiedererhebung Frankreichs betrachtet, wurde mit 403 gegen 163 Stimmen angenommen. — Wie würde da das Maximum dessen aussehen, das wir leisten müßten, wenn diese Kammer im Verein mit den Imperialisten und den internationalen Kriegshetzern allein über unser Schicksal zu verfügen hätte?

Sie sind sich immer noch nicht einig.

London, 27. Mai. Reuter erfährt, daß zwischen den Regierungen von Paris, London und Rom der Meinungsaustausch über die Regelung der oberschlesischen Frage noch anhält

Polnische Hungerpeitsche in Oberschlesien.

In Breslau ist eine Reihe von Telegrammen aus dem Industriegebiet eingetroffen, die von den interalliierten Behörden durch die polnischen Insurgentenreihen hindurchbefördert worden sind. Politischer Inhalt dieser Telegramme ist überall durch Zensur beseitigt worden. Dagegen sind einige Nummern unseres Kattowitzer Parteiblattes mitgekommen, denen wichtige Tatsachen zu entnehmen sind. Vor einigen Tagen hatte die Interalliierte Kommission auf den Rotkreuz der Kattowitzer Bevölkerung hin den Oberkommandierenden General Gracier nach Kattowitz geschickt. Aus dem Bericht des „Volkswillen" ist zu entnehmen, daß Gracier dort nur mit den Vertretern der Entente Besprechungen abhielt. Gewerkschaftsvertreter hatten erst Gelegenheit, den General zu sehen, als er bereits wieder ins Auto stieg, um zurückzufahren. Was der General ihnen auf die Bitte um eine Unterredung geantwortet hat, hat die Zensur gestrichen. Zahlreiche Einsendungen unseres Parteiblattes zeigen, daß die Insurgenten die Verteilung der eintreffenden Lebensmittel verhindern. Wasser und Milch werden an Arbeiterfamilien nur gegen Vorzeigung des polnischen Verbandsmitgliedsbuches abgegeben, so daß zahlreiche Arbeiter aus Not in die polnischen Verbände eintreten müssen. Trotz der äußersten Notlage der Kattowitzer deutschen Arbeiterschaft schreibt jedoch der „Volkswille" am Dienstag wörtlich: „Auch wir möchten die Orgeschleute, die Kerntruppen der bayrischen Desperadopolitiker, hier nicht als Repräsentanten des deutschen Volkes sehen."

Breslau, 26. Mai. Dem „Vorwärts" wird berichtet: Die letzten Kämpfe in Oberschlesien wurden von den Polen wieder mehr an die mittelschlesische Grenze herangetragen. So wurde heute vormittag bei Kosel links der Oder und bei Malapane wieder scharf von den Polen angegriffen.

London, 26. Mai. (WTB.). Die „Times" melden aus Oppeln, daß die Polen mit systematischen Zerstörungen in der Stadt Rosenberg begonnen haben. Die Polen wollen anscheinend den Deutschen und der Welt im allgemeinen einen Geschmad davon geben, was sie aus dem oberschlesischen Industriegebiet machen würden, wenn man die Polen zwingen würde, es aufzugeben.

Sechs englische Bataillone nach Oberschlesien.

London, 27. Mai. Das Kriegsamt teilt mit, daß das erste der vier englischen Bataillone, die vom Rhein nach Oberschlesien gehen, Köln Freitag nacht verlassen wird. Außer diesen vier Bataillonen werden noch zwei Bataillone irischer Regimenter, die jetzt in England sind, nach Oberschlesien gehen, so daß sich schließlich sechs englische Bataillone dort befinden werden.

Die Kosten der oberschlesischen Besatzungstruppen.

(WTB.) Im Unterhause erklärte Lloyd George, die Kosten der brittischen Truppen im oberschlesischen Abstimmungsgebiet fielen diesem Gebiete zur Last.

400 000 Voll-Erwerbslose im April.

Das Reichsarbeitsministerium schreibt: Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger betrug am 1. Mai 318 448, die der weiblichen 81 649, zusammen also 400 097. Hinzu traten 440 377 Zuschlagsempfänger (unterstützte Familienangehörige von Vollerwerbslosen), sodaß sich die Gesamtzahl der Hauptunterstützungs- und Zuschlagsempfänger auf 840 474 stellt. Berücksichtigt man, daß diese Zahlen nur bedingten Wert haben, bei weitem nicht alle Erwerbslosen Unterstützung beziehen, daß ferner die der Erwerbslosenziffer nahe kommende Zahl der Kurzarbeiter von der Statistik nicht erfaßt wird, und daß endlich in erheblichem Umfange in den Betrieben an sich entbehrliche Arbeitskräfte noch durchgehalten werden, so muß die Lage des Arbeitsmarktes auch weiterhin als ungünstig bezeichnet werden. Sie würde es noch ungleich mehr sein, wenn nicht durch die produktive Erwerbslosenfürsorge durchschnittlich 200 000 Erwerbslose bei Notstandsarbeiten untergebracht wären. Wie wenig aber die Entwicklung des Arbeitsmarktes im laufenden Jahr befriedigt, zeigt ein Vergleich mit dem im Vorjahr. Während nämlich in der Zeit vom 1. Februar bis 1. Mai 1920 die Zahl der Erwerbslosen von 431 000 auf 292 000, also um rund 150 000 gefallen ist, hat sich in diesem Jahr die Ziffer von 423 000 auf 400 000, also nur um 23 000 gesenkt. Im Monat April 1920 insbesondere hatte die Abnahme rund 28 000 betragen, im Monat April 1921 nur 16 000, also etwa die Hälfte, wobei die weiblichen Erwerbslosen sogar eine Zunahme zeigten. Obgleich die fortschreitende Belebung des Baumarktes in denjenigen Berufen, die in engerem Zusammenhange mit dem Bauwesen stehen, unverkennbar günstig gewirkt hat, haben doch die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise und besonderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Inlande die sonst alljährlich mit dem Frühjahr eintretende Besserung des Arbeitsmarktes in diesem Jahr weitgehend hintangehalten und wir haben in einer Jahreszeit, in der alljährlich die Erwerbslosenziffer am niedrigsten zu sein pflegte, eine wesentlich höhere Zahl, als zu Beginn des letzten Winters.

Gegen die Abrüstung. Wie der Chicago Tribune aus Washington gemeldet wird, hat der Senat sich mit einer Mehrheit von 45 gegen 28 Stimmen geweigert, die Herabsetzung der amerikanischen Flottenmannschaft von 120 000 auf 100 000 Mann anzunehmen.

Die Kleinen hat man gehangen.

Das erste Urteil gegen die sogenannten Kriegsverbrecher vor dem Reichsgericht in Leipzig ist gefällt: der Küfermeister Heynen aus Herne wurde wegen Mißhandlung, Beleidigung und vorschriftswidriger Behandlung englischer Kriegsgefangener zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt. Nicht als ob Herr Heynen das wäre, was wir gemeinhin unter dem Begriff Kriegsverbrecher verstehen. Man hatte zunächst bei diesem ersten Prozeß den Eindruck: den Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen, jene militärischen Führer, die durch ihre Befehle erst die mit internationalen Rechtsbegriffen in Widerspruch stehenden Kriegsverbrechen veranlaßten. Der Küfermeister aus Westfalen ist nichts anderes als jener aus der Vorkriegszeit wohlbekannte preußische Typus des Soldatenschinders, der sich seine Opfer unter kriegsgefangenen Engländern, die zur Bergwerksarbeit herangezogen waren, aussuchte. Hätte er nur deutsche Rekruten mißhandelt, so wäre ihm nicht viel passiert. Jetzt ist er mit seinen Mißhandlungen ein Opfer des Friedensvertrages geworden und wirklich zur Verantwortung gezogen worden, wie es allen seinesgleichen schon längst hätte widerfahren müssen. Alle deutschnationalen Gemüter werden natürlich entrüstet tun ob dieser mehr als gerechten Strafe, weil ähnliche Mißhandlungen auf gegnerischer Seite an unseren deutschen Kriegsgefangenen ebenfalls zahlreich vorgekommen sind. Gewiß bedauert das Rechtsempfinden, daß nicht alle Uebeltäter auf dem Gebiete der Kriegsgefangenenmißhandlung zur gerechten Strafe vor das Forum gezogen werden. Aber das ist keineswegs ein Grund, daß wir Deutsche in Ausführung des Friedensvertrages diejenigen, die den guten deutschen Namen durch solche Uebergriffe gegen Wehrlose geschändet haben, ihrer verdienten Strafe zuführen. Zu diesen gehört unbedingt Herr Heynen, der als Unteroffizier im Bergarbeiter-Gefangenenlager zu Herne das Vaterland retten und den Krieg gewinnen helfen zu müssen glaubte, indem er die Kriegsgefangenen in der mannigfachsten Art, mit Seitengewehr und Besenstiel, durch Kaltwasserbehandlung und Faustschläge, mißhandelte. Dabei ist er jetzt letzten Endes der Dumme. Ihm drückte man 240 Kriegsgefangene in die Hand mit dem Befehl, sie zur Arbeit zu bringen. „Wie Sie das machen, ist Ihre Sache!" Unteroffizier Heynen klappte die Hacken zusammen, verstand, wie das gemeint war, und verfuhr auf bewährte, altpreußische Art. Die Gerechtigkeit, auch Herrn Heynen gegenüber, verlangte eigentlich, daß auch jene Vorgesetzten sich vor dem Reichsgericht zu verantworten hätten, die ihm diese Zusatzanweisung gaben und sich damit formell von der Verantwortungsfreudigkeit, die man stets im Munde führte, aber nie übte, drückten. So bleibt die Strafe für Herrn Heynen nicht nur eine Sühne für die Mißhandlung seiner Untergebenen, sondern auch eine Strafe für Dummheit.

An sich werden mit dem Verlauf des Prozesses in Leipzig auch die anwesenden Vertreter der englischen Regierung zufrieden gewesen sein, denn er zeichnet sich durch Objektivität und Sachlichkeit aus. Eine Schande für uns Deutsche und eine Blamage vor dem Ausland bedeutete aber das Auftreten des Generals von Fransecky, der als Gutachter sein Urteil abgeben sollte. Mit diesem alten verknöcherten Militaristen hatte man wirklich den Bock zum Gärtner gemacht. Seine Ausführungen klangen in unseren Ohren nahezu wie ein Kolleg über die Zeit Friedrich Wilhelms I. Dieser Sachverständige vermochte nicht einmal festzustellen, worüber sich das Gericht völlig einig war, daß Heynen die Vorschriften für Gefangenenbehandlung, die jeden Monat vorgelesen werden sollten, in Dutzenden von Fällen in gröblichster Weise verletzt hatte. Ihm blieb es vorbehalten, die Ablehnung der Bergarbeit der englischen Gefangenen zur Meuterei zu stempeln und dem Angeklagten den Vorwurf zu machen, daß er nicht scharf genug durchgegriffen habe, weil er — nach Auffassung des sachverständigen Generals — in die Menge der Gefangenen schießen mußte. Wes Geistes Kind Herr General von Fransecky, dieser Repräsentant des preußischen Militarismus, ist, zeigt seine Beantwortung der Frage, ob denn auch Schläge gegen Kriegsgefangene erlaubt wären: Das wäre Ansichtssache. Dafür erklärte er aber die Vorschriften über die Gefangenenbehandlung nicht zu kennen. Und darin zeigt sich die ganze Tragik des Falles Fransecky für die vielen Hunderttausende Deutscher, die selbst das traurige Los traf, jahrelang hinter feindlichem Stacheldraht zu schmachten und als Kriegsgefangene Fronarbeit zu leisten. Herr Fransecky war nämlich während des Krieges Detachementschef im preußischen Kriegsministerium und Leiter der Abteilung für Kriegsgefangenenwesen. Nur daher verfiel das Reichsgericht auf ihn als Sachverständigen. Diesem Manne also waren nicht nur die Kriegsgefangenen in Deutschland unterstellt, sondern ihm war auch das Wohl und die Fürsorge für die kriegsgefangenen Deutschen in Frankreich, England, Rußland und sonstwo anvertraut. All ihr Deutsche, merkt euch das wohl, und ihr werdet euch keineswegs mehr wundern, daß es 3½ Jahre dauerte, bis ein Berner Abkommen die Frage der Kriegsgefangenen international regelte und ihre Lage etwas besserte; daß man sich, zumal in den ersten

...

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210527-10/fragment/page=0001

Jahren des Krieges, so herzlich wenig um euch kümmerte, denn für Leute von der Geisteseinrichtung des Herrn von Fransecky waret ihr mit der Gefangennahme aus der Liste als Deutsche zunächst gestrichen. Das bestätigten ja nur allzuoft jene neutralen Vertreter, denen der diplomatische Schutz der Kriegsgefangenen oblag und die allzuoft ihre eigene Machtlosigkeit begründeten mit der Auffassung über den Kriegsgefangenen an den höchsten militärischen Stellen in Preußen-Deutschland. Das konnte aber nur der Fall sein, weil militärisische Bürokraten von der Engstirnigkeit eines Fransecky keine Ahnung hatten von den Vorgängen an der Front. Sie tobten ihr Heldentum am grünen Tisch der Heimat aus und erwarben sich die höchsten Kriegsauszeichnungen durch triefende Reden und forsche Befehle.

In der Westfront verschlang die Marneschlacht zum erstenmal eine größere Masse deutscher Kriegsgefangener. Bei dem vielfach überstürzten Rückzug waren sie fast ausnahmslos verwundet, meistens sogar schwer verwundet in die Hände des Gegners. In Lazaretten, Scheunen und Hütten ließ man die Kämpfer der vordersten Linie liegen, um sich ja rasch nach hinten konzentrieren zu können. Wie dabei nicht in der elendesten Weise umkam, geriet in eine Gefangenschaft, die Jahre dauerte. Dabei lagen die Unglücklichen mehrfach bis zu drei Tagen, ehe die ersten feindlichen Kavalleriepatrouillen vorfühlten und die noch Röchelnden unter den Toten vorfanden. Ein Heimkrieger wie General Fransecky hatte aber nie eine Ahnung von diesem Schicksal des wirklichen Frontkämpfers. Die gut deutsche und nationale Gesinnung strich diese Helden der vordersten Linie aus dem Gedächtnis — erledigt, abgetan!

Merkt euch den Fall Fransecky, die ihr ein Opfer seiner Geistesverfassung geworden seid.

Urteil im Kriegsverbrecherprozeß:

Leipzig, 26. Mai. Im Prozeß gegen den Kriegsbeschuldigten Heynen wurde heute vormittag 9 Uhr das Urteil verkündet. Der Angeklagte wurde wegen Mißhandlung, Beleidigung und vorschriftswidriger Behandlung Untergebener zu insgesamt zehn Monaten Gefängnis verurteilt. Die erlittene Untersuchungshaft wird auf die Strafe angerechnet.

Was ist eine Schande?

London, 27. Mai. (Reuter.) Als der Attorney-General gestern nachmittag im Unterhause mitteilte, daß Heynen vom Reichsgericht in Leipzig zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, wurde diese Mitteilung von den Abgeordneten mit dem Ruf: „Das ist eine Schande!" aufgenommen. Unter allgemeinem Beifall fragte Sir Frederic Banbury: „Wird dem Hause Gelegenheit gegeben werden, über die Unangemessenheit dieses Urteils zu verhandeln?" — Aus dem Bericht geht nicht näher hervor, was die Abgeordneten an diesem Urteil als Schande betrachteten. Wahrscheinlich war ihnen das Urteil zu milde. Ob diese Abgeordneten aber vielleicht doch eine gute Stunde hatten und mit ihrem Ruf ausdrücken wollten: „Die größte Schande ist, daß die Großkriegsverbrecher auf beiden Seiten heute noch unangetastet herumspazieren, in vielen Fällen sogar noch „Politik" betreiben und die Völker noch mehr gegeneinanderhetzen?" Wir glauben's nicht!

Der Nächste.

Leipzig, 26. Mai. Heute begann der zweite Kriegsbeschuldigten-Prozeß beim Reichsgericht. Er richtet sich gegen den Rechtsanwalt und Hauptmann d. L. Emil Müller aus Karlsruhe. Die Anklage lautet ebenfalls auf Gefangenenmißhandlung.

Die deutsch-belgischen Grenzfragen.

Der Präsident des Botschafterrates in Paris hat unter dem 3. Mai dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation eine Note in Sachen der deutsch-belgischen Grenzkommission als Antwort auf die Noten der Friedensdelegation vom 2. November 1920 und vom 7. Februar 1921 und 23. März 1921 übermittelt, in denen die Gründe auseinandergesetzt waren, die nach Ansicht der deutschen Regierung die Ungültigkeitserklärung gewisser, von dieser Kommission ergriffener Maßnahmen erforderlich machten. In der Antwortnote wird erklärt, daß der Botschafterrat mit der größten Sorgfalt die vorgebrachten Bemerkungen geprüft habe. Was die Belgien zugesprochene Eisenbahnstrecke Raeren—Kaltenherberg der Monschauer Bahn betreffe, so entspreche die Entscheidung der deutsch-belgischen Grenzkommission dem Geist und dem Wortlaut des Vertrages von Versailles und sei nach sorgfältiger Prüfung der örtlichen Wirtschaftslage getroffen worden. Da die Friedensdelegation keine neuen Tatsachen vorgebracht habe, könne der Botschafterrat nur die Rechtmäßigkeit der Entscheidung bestätigen. Den im Schreiben des Botschafterrates vom 29. März v. Js. aufgestellten Bedingungen, die Belgien aufzuerlegen waren, um die wirtschaftlichen Interessen der Bewohner des Kreises Monschau sicherzustellen, sei, wie aus dem Bericht der Grenzkommission hervorgehe, weitgehend Genüge geschehen. Das von der Grenzkommission befolgte Verfahren könne auch auf andere Punkte der Grenze Anwendung finden, nämlich auf die Gegend südlich von Aachen. Die Wasserversorgung dieser Stadt sei durch die Abtretung des betreffenden Geländes vollkommen gesichert. Der Gesichtspunkt, einen Wechsel der Staatsangehörigkeit der Bewohner zu verhüten, habe zur Bildung deutscher Enklaven an der Monschauer Bahn geführt. Lediglich diesen Gesichtspunkt habe die Grenzkommission für das seitens Belgiens an Deutschland abgetretene Gebiet nicht berücksichtigt. Was die Eisenbahnlinie von Herbesthal betreffe, so bestehe keinerlei Grund, Deutschland eine Eisenbahnlinie abzutreten, die ständig auf belgischem Gebiet liege. Die Abtretung von Gelände für die Errichtung eines Zollbahnhofes bei Ronheide und das Angebot eines Beitrags Belgiens hierfür, scheine dem Botschafterrat geeignet, den Interessen Deutschlands zu genügen. Die von Deutschland abgetretenen Gebietsteile besäßen zwar einen erheblich größeren Umfang, aber einen geringeren Wert als die, die Deutschland gewinne. Wenn man allen Anträgen der deutschen Regierung stattgeben würde, würde Deutschland der gesamte nördliche Teil des Kreises Eupen mit ungefähr 12 000 Einwohnern zurückzuübertragen sein. Der Botschafterrat erachte daher keinen Grund für vorliegend, auf diese Entscheidungen zurückzukommen, die für die beteiligten Mächte bindend sind.

Die vorstehend im Auszug wiedergegebene Note bildet die Antwort auf eine Reihe deutscher Noten und eine deutsche Denkschrift, in der der Nachweis erbracht worden war, daß die Grenzkommission den Versailler Vertrag verletzt und ihre Befugnisse überschritten hat, indem sie annähernd den dritten Teil des Kreises Monschau mit seiner einzigen Bahn zu Belgien schlagen wollte, obgleich Belgien nur Anspruch auf die Kreise Eupen und Malmedy hat und der Kreis Monschau im Vertrag überhaupt nicht erwähnt wird. Weiter war deutscherseits auf die praktische Unmöglichkeit der von der Grenzkommission ins Auge gefaßten Grenze hingewiesen worden, die ein wirres Durcheinander von Enklaven, darunter Enklaven von nur wenigen Metern Breite, vorsah. Auf die durch eine reiche Fülle rechtlicher und wirtschaftlicher Beweise gestützten deutschen Ausführungen wird in der vorliegenden Note des Botschafterrates ebensowenig eingegangen, wie auf den Kernpunkt der deutschen Note, nämlich den Vorschlag, die Streitfrage durch ein Schiedsgericht entscheiden zu lassen.

Die Konferenz von Boulogne in Sicht.

Nach dem „Petit Journal" wird die Konferenz des Obersten Rates in den ersten Junitagen in Boulogne stattfinden. Hauptgegenstand der Beratungen wird die Lösung der oberschlesischen Frage sein. Diplomatische Agenten sind bereits in Boulogne eingetroffen, um die erforderlichen Vorbereitungen für diese neue Besprechung zu treffen, deren genaues Datum unmittelbar nach dem Schluß der französischen Kammerdebatte festgesetzt wird.

Wie das Blatt weiter berichtet, dauert der rege Meinungsaustausch zwischen den Kabinetten von Paris, London und Rom über eine mögliche Lösung der oberschlesischen Frage weiter an. Graf Sforza empfing gestern in Rom den britischen Geschäftsträger, Ministerpräsident Briand hatte gestern vormittag zweimal längere Besprechungen mit dem italienischen Botschafter, und in London unterhielt sich Lord Curzon gleichfalls mit dem italienischen Botschafter.

In Paris würde man, wie das „Petit Journal" ausführt, die Einsetzung eines internationalen Ausschusses von Juristen und wirtschaftlichen Sachverständigen sehr begrüßen. Dieser Ausschuß hätte zur Aufgabe, die oberschlesische Frage lediglich vom technischen Standpunkt zu studieren, besonders die Teilung der Flußläufe und der elektrischen Kraft. Auf diese Weise soll sowohl den Deutschen wie den Polen die Möglichkeit gegeben werden, die Arbeit in der bisherigen Weise fortzusetzen.

Vor dem Generalstreik in Norwegen.

In Norwegen beginnt heute abend der angedrohte Generalstreik, wenn nicht die Verhandlungen, die heute nachmittag fortgesetzt werden, noch im letzten Augenblick zu einem anderen Ergebnis führen. In der Arbeiterschaft selbst rechnet man fest mit dem Streik. Anschläge auf den Arbeitsplätzen fordern die Einstellung der Arbeit heute nach Arbeitsschluß. Vom Streik werden alle Arbeiter und Angestellten mit Ausnahme der Eisenbahner betroffen, im ganzen also rund 120 000 Mann. Die Regierung hat Vorkehrungen zur Verstärkung des militärischen Ordnungsdienstes getroffen. Abteilungen der Garde sind in feldmarschmäßiger Ausrüstung bei Christiania untergebracht. An anderen Stellen sind Teile der Marine, der Maschinengewehrtruppen und der Kavallerie einberufen.

Genug Mordinstrumente sind damit wohl gegen die Arbeiter schon aufgestellt worden.

Zum Streik der niederschlesischen Bergarbeiter.

Seit dem 21. Mai stehen sämtliche Grubenwerke des niederschlesischen Reviers und des Neurober Bezirks still. 35 000 Bergleute haben die Arbeit niedergelegt, weil die bereits 9 Monate andauernden Lohnverhandlungen nun endgültig als gescheitert zu betrachten sind. Alle Einigungsbestrebungen der Bergarbeiter scheiterten an dem Starrsinn der Werksbesitzer, die ohne eine weitere allgemeine Kohlenpreiserhöhung, die von der Regierung mit Recht abgelehnt wurde, keine Zugeständnisse machen wollten. Schließlich berief das Reichsarbeitsministerium zum zweitenmal ein Schiedsgericht, das am 18. Mai einen Schiedsspruch fällte, dessen wesentlicher Inhalt in folgenden Bestimmungen besteht:

1. Die gemäß des Beschlusses des Reichskohlenverbandes vom 30. 12. 1919 je Tonne abgesetzter Kohle zu erhebenden 2 Mark werden vorbehaltlich der Zustimmung der Reichsregierung mit Wirkung vom 25. d. M. ab, den Arbeitern, die Familienväter sind, nach näherer Vereinbarung ausgezahlt. Eine Verbilligung von Lebensmitteln aus diesen Beträgen findet auch weiterhin nicht statt.

2. Wenn das Reichsfinanzministerium gemäß einer zu erteilenden gesetzlichen Ermächtigung auf die Erhebung der Kohlensteuer für den Waldenburger Bergbaubezirk ganz oder teilweise verzichten wird, haben die Parteien unverzüglich zu prüfen, ob die dadurch freiwerdende Summe unbeschadet des notwendigen Kohlenpreisabbaues in einer den bestehenden Teuerungsverhältnissen entsprechenden Höhe zu einer Lohnerhöhung verwendet werden kann.

Eine am 20. Mai stattgefundene Konferenz der Betriebsräte und Vertrauensleute des niederschlesischen Reviers lehnte die Annahme des Schiedsspruches mit 96 gegen 50 Stimmen ab und beschloß über ihn in den Werken eine Abstimmung vorzunehmen. Dazu kam es jedoch nicht, da am 23. Mai auf den schlesischen Kohlen- und Kokswerken in Gottesberg und auf den Glückhilfs-Friedenshoffnungsgruben in Hermsdorf Teilstreiks einsetzten, die sich am Dienstag früh über das gesamte Revier ausdehnten.

Die in Frage kommenden Organisationsleitungen der Freien Gewerkschaften, der christlichen und der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften verurteilten das Vorgehen der Belegschaften, da die Arbeitsniederlegung ohne Einhaltung der gesetzten Beschlüsse erfolgte. Nachdem aber der Streik ausgebrochen und alle Belegschaften restlos an ihm beteiligt waren, übernehmen die Organisationen die Führung des Streiks, um die Bewegung im gewerkschaftlichen Rahmen zu halten.

Sowohl das Wolffsche Telegraphenbüro als auch die Telegraphenunion verbreiten durchaus unzutreffende Meldungen über den Streik, die jedenfalls aus Unternehmerkreisen stammen. So

---

„König Kohle."

Roman von Upton Sinclair.

(46. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Drittes Buch.

König Kohles Vasallen.

§ 1. Hal beabsichtigte, sich so rasch wie möglich nach Western City zu begeben, um die dortigen Redakteure aufzusuchen. Vor allem jedoch benötigte er Geld für die Reise; am besten würde es sein, zu John Edstrom zu gehen. Er verließ den Zug, fand nach einigen Erkundigungen den Leichenbestatter, der John Edstroms Frau begraben hatte und der ihm mitteilte, daß der alte Schwede in der nahe gelegenen Hütte eines Arbeiters wohne; während der ganzen Zeit folgte Pete Hanum Hal auf den Fersen.

Edstrom überschüttete ihn mit Fragen: „Wer war getötet worden? Wie stand alles dort oben? Hal erzählte mit wenigen Worten, was sich zugetragen hatte; als er erwähnte, daß er Geld brauche, erwiderte Edstrom, er habe etwas Geld, würde es ihm gerne leihen, doch genüge dies nicht für ein Billet nach Western City. Hal fragte nach den fünfundzwanzig Dollars, die Mary Burke als eingeschriebenen Brief abgesandt hatte, der alte Mann wußte nichts davon, war gar nicht auf der Post gewesen. „Gehen wir hin," sagte Hal; als sie die Treppen hinabstiegen, erinnerte er sich an eine neue Schwierigkeit. Draußen stand Pete Hanum, der wahrscheinlich durch Jeff Cotton von dem Geld gehört hatte; es war möglich, daß er Edstrom anhalten und ihm das Geld fortnehmen würde.

„Ich möchte Ihnen einen Vorschlag machen," meinte der alte Mann. „Kommen Sie zu meinem Freund, Ed Mac Kellar. Vielleicht kann uns der einen guten Rat geben, ja sogar sagen, was wir tun müssen, damit der Schacht geöffnet werde." Edstrom erzählte, daß Mac Kellar, ein alter Schotte, früher Bergmann gewesen, nun aber verkrüppelt sei und ein kleines Amt in Pedro bekleidete. Er war ein hartnäckiger Widersacher von Alf Raymonds Maschinerie, einmal hatten ihn die Gegner fast umgebracht. Sein Heim lag ganz in der Nähe, sie könnten sich mit ihm in kürzester Zeit beraten.

„Gut," sagte Hal und sie machten sich sogleich auf den Weg. Pete Hanum folgte ihnen auf etwa zwölf Schritt Entfernung, doch ließ er sie unbehindert die kleine Hütte erreichen. Eine Frau öffnete die Tür und führte sie ins Eßzimmer, wo sie Mac Kellar vorfanden, einen grauhaarigen alten Mann, den der Rheumatismus gekrümmt hatte und mit Krücken zu gehen zwang.

Hal erzählte seine Geschichte; da der Schotte in Bergwerken aufgewachsen, war es nicht nötig, die Einzelheiten der Situation wiederzugeben. Als Hal seinen Plan, die Zeitungen zu benützen, erwähnte, sagte der andere, rasch: „Dann brauchen Sie gar nicht nach Western City zu fahren. Es ist eben ein Mann hier, der sich bestimmt der Sache annehmen wird, Keating von der „Gazette".

„Die Western Gazette"? rief Hal aus. Er kannte die Zeitung; es war ein Abendblatt, das einen Cent kostete und viel von Arbeitern gelesen wurde; gebildete Leute taten es mit den Worten: „gelbe Zeitung" ab.

„Ich weiß," entgegnete Mac Kellar, Hals Ton verstehend, „doch ist dies die einzige Zeitung, die Ihre Geschichte veröffentlichen wird."

„Wo ist dieser Keating?"

„Er war oben im Bergwerk, schade, daß Sie ihn nicht trafen."

„Könnte ich ihn vielleicht jetzt sprechen?"

„Vielleicht ist er in Pedro. Fragen Sie im American Hotel nach."

Hal ging zum Telephon; eine Minute später hörte er bereits die fröhliche Stimme seines künftigen Freundes und Adjutanten Billy Keating. In unglaublich kurzer Zeit erschien dann auch der Besitzer dieser Stimme bei Mac Kellar, wischte sich den Schweiß von der Stirne und der kleinen Glatze. Er war rundgesichtig wie ein Bollmond, lustig wie ein Falstaff; kannte man ihn genauer, so erfuhr man, daß er treu sei, wie ein Neufundländer. Trotz seines Umfanges war Keating ein echter Journalist, mit Leib und Seele seinem Beruf ergeben.

Kaum hatte er Hals Bekanntschaft gemacht, so begann er bereits, ihn auszufragen und Hal erkannte sehr bald, daß er hier den rechten Mann gefunden habe. Keating wußte genau, welche Fragen zu stellen seien, in wenigen Minuten war ihm alles klar. „Donnerwetter!" rief er aus. „Meine letzte Ausgabe!" Er sah auf die Uhr, sprang ans Telephon. „Intercurban," dann „ich will den Redakteur der „Western City Gazette"! Und, bitte, sehen Sie darauf, daß es rasch geht, das letzte Mal mußte ich eine halbe Stunde warten!"

Er wandte sich wieder Hal zu, stellte neue Fragen und machte Notizen. Er notierte Hals Erklärungen über das Unterlassen des Streuens, den Mangel an Notausgängen, die Verzögerungen bei Instandsetzung des Fächers, das Verheimlichen der Zahl der im Schacht begrabenen Männer. „Ich wußte ja, daß es da oben etwas faul sei, konnte aber nichts erfahren. Immer ging ein Mann neben mir her. Kennen Sie einen Kerl namens Pedrovich?"

„Ja," entgegnete Hal, „ein Warenhausangestellter; er hat einmal meine Taschen durchsucht."

Keating machte eine Gebärde des Ekels: „Der war mein Begleiter. Wie hätte ich, diesen Spitzel auf den Fersen, mit den Bergleuten reden können. Ich sagte dem Oberaufseher: „Ich brauche keine Begleitung." Er aber lächelte häßlich: „Wir wollen nicht, daß Ihnen hier etwas zustößt, Herr Keating." — „Um das Leben der anderen Reporter scheinen sie weniger besorgt zu sein," meinte ich. „Ja, die „Gazette" hat sich aber viele Feinde gemacht, das wissen Sie ja." „Lassen Sie den Schwindel, Herr Cartwright. Haben Sie vor, mich die ganze Zeit beobachten zu lassen?" „Sie können es auch so auffassen, wenn Sie damit den Lesern der „Gazette" eine Freude machen."

„Zu dumm, daß wir einander nicht begegnet sind," sagte Hal. „Oder, daß Sie niemanden von der Wagekontrolleur-Gruppe getroffen haben."

Oh!" Sie wissen um die Wagekontrolleursache!" rief der Reporter. „Ich habe davon gehört — deshalb bin ich heute hier. Man sagte mir, daß ein Mann namens Edstrom in Pedro ist, der wegen dieser Sache entlassen wurde; wenn ich den fände, könnte ich manches erfahren."

Hal und Mac Kellar blickten auf den alten Schweden und alle drei brachen in Lachen aus. „Da ist Ihr Mann!" sagte Mac Kellar.

„Und da ist Ihr Wagekontrolleur!" fügte Edstrom hinzu und wies auf Hal.

Sofort war der Reporter hinter der Spur her, eine Frage nach der anderen floß von seinen Lippen. Die „Wagekontrolleurgeschichte" würde für den nächsten Tag eine Fortsetzung ergeben; so blieb die Nord-Tal-Affäre am Leben. Außerdem hing auch dies aufs engste mit der Katastrophe zusammen, bewies, was die Nord-Tal-Herren taten, anstatt sich um die Sicherheit ihrer Arbeiter zu bekümmern. „Ich schreibe es noch heute nachmittag und schicke es gleich ab," sagte Keating, dann mit einem Lächeln: „Das ist der Vorteil, wenn man Nachrichten bringt, mit denen die anderen Zeitungen nichts zu tun haben wollen; man braucht nicht zu befürchten, daß einem die „Sensation" fortgeschnappt wird."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210527-10/fragment/page=0002

soll es sich nach einer Mitteilung der „T.-U." um einen wilden Streik handeln, der über die Köpfe der Arbeiterführer hinweg durchgeführt wird, während in einer Wolffschen Meldung von kommunistischen Umtrieben gesprochen wird. Beides ist falsch. Die Bewegung befindet sich fest in der Hand der Organisationsleitungen. Nach einer weiteren Wolff-Meldung sollen nur die dringendsten Notstandsarbeiten verrichtet werden. Auch dies ist unrichtig. Die Notstandsarbeiten werden zur Zeit in vollem Umfange ausgeführt und sollen erst dann auf das Mindestmaß beschränkt werden, wenn die Werksbesitzer weiter auf ihrem ablehnenden Standpunkt beharren. Die bürgerliche Presse bringt ferner die Meldung, daß die Technische Nothilfe alarmbereit stehe. Man treibt hier ein gefährliches Spiel mit dem Feuer. Die Organisationsleitungen werden dafür sorgen, daß sich die Hoffnungen gewisser Kreise, die es gerne sähen, wenn die Bewegung die gesetzlichen Bahnen verließe, nicht erfüllen. Verhandlungen der Organisationsleiter mit den Provinzialbehörden haben bereits stattgefunden. Nach Eintreffen der Regierungsvertreter aus den Ministerien sollen die Verhandlungen mit den Werksbesitzern sofort aufgenommen werden.

Die Haltung der Streikenden ist eine durchaus ruhige.

Rußlands Fühler im kapitalistischen Ausland.

Rom, 27. Mai. Blättermeldungen zufolge empfing Graf Sforza gestern den Führer der russischen Handelsabordnung Worowsky. Graf Sforza fragte ihn, ob er glaube, innerhalb von zwei Monaten zum Abschluß eines Vertrages gelangen zu können. Worowsky antwortete bejahend. Es wird also der russischen Abordnung eine vorläufige Immunität von zwei Monaten gewährt werden, die automatisch aufhören wird, wenn nach Ablauf der zweimonatigen Frist der Handelsvertrag nicht unterzeichnet sein wird, die dagegen verlängert werden wird, wenn der Vertrag innerhalb dieser Frist unterzeichnet wird. Worowsky erklärte, die Abordnung werde in Rom bleiben, um ihre Arbeiten fortzusetzen.

Eine Geheimkonferenz der Kommunisten

hat am 22. und 23. Mai in Erfurt stattgefunden. Das Exekutivkomitee der 3. Internationale hatte Vertreter dorthin entsandt. — Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß der neueste Aufruf der V. K. P.-Zentrale damit in Verbindung steht. Die russische Inspiration ist darin unverkennbar.

Verhaftung kommunistischer Führer.

Der frühere sächsische kommunistische Landtagsabgeordnete Weimar, gegen den die Dresdener Staatsanwaltschaft einen Haftbefehl wegen Hochverrats erlassen hatte, ist nach einer Meldung des „B. T." in Stuttgart verhaftet und nach Dresden gebracht worden, wo er in den nächsten Tagen vor dem Sondergericht abgeurteilt werden wird.

Nach einer Meldung der „Roten Fahne" aus Essen ist dort der Essener kommunistische Parteisekretär Graul von der Kriminalpolizei verhaftet worden.

(Sollte es sich hier um zwei kommunistische Hetzer und Verführer handeln, so ist ihr Aburteilung nur zu wünschen. Bis zum heutigen Tage sind fast nur Mitläufer und Verhetzte auf den Anklagebänken der Sondergerichte erschienen, während sich die eigentlichen Schuldigen und Drahtzieher auf freiem Fuße befanden. D. Red.)

Zu dem ewigen Kampf in Irland.

London, 27. Mai. Im Unterhaus teilte Sir H. Greenwood mit, daß seit dem 26. März 16 388 Patronen amerikanischen Fabrikats im Bezirk Dublin erbeutet worden seien. Ein Parlamentsmitglied fragte, ob angesichts der Tatsache, daß sehr große Summen Geldes in den Vereinigten Staaten zur Unterstützung des Feldzuges zugunsten des Mordes und der Anarchie in Irland gesammelt worden seien, energische Vorstellungen bei der amerikanischen Regierung gemacht würden. Ein anderes Parlamentsmitglied fragte, ob die Vereinigten Staaten ersucht werden würden, mitzuwirken, um die Entsendung von Munition nach Irland zu verhüten. — Greenwood erwiderte, er werde mit dem Staatssekretär für Auswärtiges darüber beraten.

Sauherdenton in der Staatsbürgerzeitung.

Anläßlich der Unruhen in Oberschlesien begaben sich auch bayerische Orgeschleute nach dem Aufstandsgebiet („Kriegsschauplatz" schreibt die Staatsbürgerzeitung). Bei einem Aufenthalt in Dresden wurden durch den dortigen Obmann der Eisenbahner mehrere Kisten mit Waffenteilen beanstandet und sollten von der Weiterbeförderung ausgeschlossen werden. Die kampfesmutigen Orgeschleute aber erzwangen die Weiterfahrt dadurch, daß sie die Kisten selbst wieder verluden, nachdem sie den Obmann der Eisenbahner schwer mißhandelt hatten. Zu diesem Vorkommnis schreibt das „deutschvölkische Organ" die Staatsbürgerzeitung von 22. Mai 1921 unter der Ueberschrift „Kommunistischer Deutschenhaß". „Bei der Durchfahrt Freiwilliger, die sich auf den oberschlesischen Kriegsschauplatz begeben wollten, versuchte der kommunistische Eisenbahnerbetriebsrat in Dresden, die Weiterfahrt zu verhindern. Die Freiwilligen verprügelten den Obmann der Eisenbahner, worauf der Zug freigegeben wurde. Schade, daß der landesverräterische Hund nicht gleich so einen Denkzettel bekam, daß er verreckte." Man muß sich wohl fragen, ob nicht der nächste Transport Orgesch dieser Aufforderung, einen Menschen totzuschlagen, Folge leisten wird. Joseph Schneider-Eisleben — Deutsche Staatsbürgerzeitung — gleiche Brüder — gleiche Kappen —. Dieser Ton zeigt von der Verrohung der sogenannten Gebildeten, zu denen sich die Leser der Staatsbürgerzeitung und die Anhänger der Orgesch wohl rechnen. Mit welchen Elementen man zu tun hat, kann man aus den Meldungen des Berliner 8 Uhr-Abendblattes vom 23. 5. 21. ersehen. Dieses Blatt meldet: „Bedauerliche Uebergriffe der bayer. Orgesch in Oberschlesien" (und fügen diese modernen Heldenjünglinge der deutschen Sache in Oberschlesien mehr Schaden zu, als sich wieder gut machen läßt). In Ramslau (Niederschlesien) hatten sie sich mit Gewalt, nach regelrechter Belagerung des dortigen Rathauses, der abgelieferten Waffen bemächtigt und dann die Grenze des unbesetzten Deutschland überschritten; dadurch haben sie sich der Gewalt der deutschen Regierung entzogen und sind nun dabei, den dortigen Wasserpolaken deutsche Kultur beizubringen und die deutsche Sache zu heben. Die Erstarkung dieser reaktionären Freikorps ist nicht nur für Oberschlesien eine große Gefahr, sondern muß auch hier mit großem Mißtrauen verfolgt werden, damit anders denkende „Hunde" nicht doch noch Gefahr laufen, elend zu „verrecken". Deutsches Proletariat, lerne auch hieraus wieder, daß Einigkeit stark macht. Nur ein geeinigtes Proletariat kann die Gefahr [illegible] werden.

K. J.

Vergewaltigung eines ganzen Volkes.

Die Organisation der Sowjetgewalt in Georgien.

Die bolschewistische Gewalt ist in Georgien, wie aus den in Tiflis erscheinenden russischen kommunistischen Regierungsblättern ersichtlich ist, auf folgende Art organisiert:

Die Bolschewistenregierung Georgiens, die sich anfangs Revolutionäres Komitee („Revkom") nannte und jetzt „Rat der Volkskommissare Gorgiens" nennt, wurde bereits am 21. Februar gebildet und befand sich im Gefolge der 11. Roten Armee, die von Moskau auf Georgien geworfen wurde. Die Bildung dieses „Kabinetts" mit Aufzählung der Namen seiner Mitglieder wurde durch Flugblätter der Bevölkerung bekanntgegeben. Von der Konstituierenden Versammlung Georgiens wurde am 23. Februar in Tiflis darüber eine Entschließung gefaßt, in der die Mitglieder des „Revkom" einstimmig als Landesverräter und Feinde des georgischen Volkes erklärt wurden.

Nach der Niederlage der georgischen Truppen und der Besetzung des Landes durch die russischen Roten Armeen erklärten sich diese Herren als Träger der Staatsgewalt und schickten sich an, einen Regierungsapparat zu bilden.

Der erste Schritt war die Auflösung aller vom Volke gewählten Institutionen: die Stadtverwaltungen, die Semstwos, der Tiflisser Arbeiterdelegiertenrat, die Gewerkschaften — kurz, alles, was durch freie Willensäußerung der Bevölkerung und der Arbeiterklasse in aufopferungsvoller langjähriger zäher Arbeit zustande gekommen war, wurde zertrümmert. Die Tiflisser Stadtverwaltung mit dem Magistrat wurde durch ein von der Sowjetregierung ernanntes Städtisches Revolutionskomitee ersetzt; die Semstwos — durch „Revolutionäre Kreiskomitees"; von diesen Revkoms wurden unzählige „Abteilungen", „Unterabteilungen", „Kommissionen", „Sonderkommissionen" und dergleichen gebildet. Die Zentralgewalt liegt in den Händen des „Georgischen Revkom", daß der 11. russischen Armee untersteht; an der Spitze dieser Armee steht General Gekker (oder Hekker), dem unmittelbar Trotzky seine Befehle erteilt. Eine besondere Aufmerksamkeit wird auf die Organisation von Außerordentlichen Kommissionen gerichtet. An die Spitze dieser Kommissionen wurden Leute gestellt, die sich in ganz Rußland durch unmenschliche Grausamkeit „berühmt" gemacht haben. So z. B. steht an der Spitze der Außerordentlichen Kommission („Tschresvytschajsta") in Batum der frühere Odessaer Henker Sadshaja; Chef der zentralen Tschresvytschajsta ist Zinzadse, der Henker von Wladikawkas.

Das Rätesystem ist verboten. Es gibt weder Arbeiter- noch Bauernräte, und diese dürfen nicht gewählt werden. Bei Neuwahlen von Gewerkschaftsvorständen wurden nämlich ausschließlich Sozialdemokraten gewählt, die Kommunisten erlitten bei allen Wahlen eine erbärmliche Niederlage. Die georgischen Arbeiter und Bauern wurden daher insgesamt als „politisch unzuverlässig" erklärt, und der georgischen Räteregierung blieb nichts anderes übrig als das Rätesystem abzuschaffen.

Da die Bauern nach wie vor keine Lebensmittel abliefern, unternahm der Vorsitzende der „Regierung" Macharadse (ein kommunistischer Wanderredner minderwertiger Qualität) eine Agitationstour über die ländlichen Bezirke. In den von den Roten Truppen stark besetzten Gebieten wurde er von den Bauern mit eisiger Kälte empfangen. Aus naheliegenden Gründen hüteten sich aber die Zuhörer, gegen ihn das Wort zu ergreifen. In unbesetzten Gebieten traten die Bauern in offener Feindschaft gegen ihn auf. Aus Rache befahl Herr Macharadse alle namhaften Sozialdemokraten des Landes sofort zu verhaften. Den Mitgliedern des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei gelang es noch rechtzeitig vom Befehl Kenntnis zu erhalten und sich zu retten; sie leben heute alle illegal. Verhaftet wurden in Tiflis, Kutais, Batum, Suchum und Poti allein über 1000 Sozialdemokraten. Sehr zuvorkommend werden von Herrn Macharadse die alten reaktionären russischen Offiziere behandelt. Einem dieser Herren, mit sehr obskurer Vergangenheit, der während des Krieges nach der Türkei geflüchtet war und dort eine Kaukasische Legion gebildet hatte, die auf türkischer Seite mitkämpfen sollte, wurde ein Brigadierposten vorgeschlagen.

Die amtliche Sprache der georgischen Sowjetbehörden ist die russische, mit Ausnahme des Kommissariats für Volksbildung, wo noch die georgische Sprache vorherrscht. Die Städte sind mit Militär überfüllt. In Tiflis reichten für die Besatzungstruppen die alten Kasernen nicht aus und es wurde daher für die Soldaten eine Reihe privater Häuser requiriert. Man zählt insgesamt im Lande über 100 000 russische Soldaten.

Im Lande ist alles militarisiert. Eisenbahnen, Telegraph und Telephon dürfen von Privaten nicht benutzt werden; nur in Ausnahmefällen wird Privaten die Benützung der Eisenbahn gestattet.

Auf Versammlungen und Meetings dürfen nur Mitglieder der Kommunistischen Partei das Wort ergreifen. Von den politischen Parteien des Landes hat sich den Kommunisten nur eine winzige Gruppe der „Föderalisten" (eine Art chauvinistischer Nationalbolschewisten ohne jeglichen Anhang) angeschlossen.

In ihren Kundgebungen an das internationale Proletariat spricht die georgische Räteregierung im Namen der georgischen Arbeiter- und Bauernräte. Wie bereits erwähnt, existieren keine Räte in Georgien. Es herrscht dort eine gänzlich unverhüllte russische Militärdiktatur; alles geschieht auf den direkten Befehl aus Moskau. Die Stimmung der Volksmassen ist äußerst deprimiert. Vieles erinnert an die Zustände von 1906, als die Strafexpeditionen des berüchtigten zarischen Henkergenerals Alichanow sengend und mordend das Land durchzogen.

Und dieser nackte imperialistische Raubzug wird von den Presseschranzen der Rosta, des Rowo Mir und dergleichen als Sieg des Proletariats dargestellt!

Soziales.

Generalversammlung der Volksfürsorge.

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft. Hamburg 5.

Am 3. Juni beginnt die „Volksfürsorge" ihre diesmalige Generalversammlung in Hamburg.

Im Jahre 1913 nach den Genossenschaften und Gewerkschaften errichtet, blickt die Volksfürsorge auf das 8. Geschäftsjahr zurück und konnte auch dieses mit einem durchaus guten Erfolge abschließen, der am besten charakterisiert wird durch einen Vergleich mit dem vorangegangenen Jahre 1919. In diesem wurden 155 991 Anträge mit einer Gesamtversicherungssumme von 91 180 990 Mark hereingebracht. Im Jahre 1920 waren die entsprechenden Zahlen 234 764 Anträge und 315 581 814 Mark Versicherungssumme. Das macht im Durchschnitt einer Versicherung eine Versicherungssumme von 596 Mark im Jahre 1919 und 1 359 Mark im Jahre 1920. Das letztere Jahr hatte also einen Mehreingang an Anträgen von 78 773 mit einer Mehrversicherungssumme von 224 450 824 Mark zu verzeichnen. Die durchschnittliche Versicherungssumme ist gestiegen um 763 Mark. Die im vorigen Jahre im Geschäftsbericht ausgesprochene Erwartung auf einen guten Fortschritt ist also nicht nur erfolgt, sondern übertroffen worden. Wenn trotz des geschilderten Aufstiegs das Geschäftsergebnis nicht allen Hoffnungen entsprach, so haben hier die gleichen Ursachen entscheidend eingewirkt wie im Vorjahre. Die noch immer herrschenden Teuerungsverhältnisse drückten der gesamten Wirtschaft ihren Stempel auf, was, wie der Geschäftsbericht im einzelnen aufweist, vor allen Dingen in den Ausgaben für den allemeinen Bürobedarf und für die Gehälter zum Ausdruck kommt. Trotzdem nämlich die Einnahmen von etwa 10 680 000 Mark auf rund 26 600 000 Mark, d. h. um fast 150 Prozent stiegen, sind die einzelnen Prozentsätze für die Verwaltungskosten im Vergleich zu den Einnahmen auch noch gestiegen. Hinzu kommt, daß auch gewisse Wertpapiere, die im Laufe des Jahres erworben werden mußten, einen beträchtlichen Kursrückgang zu verzeichnen hatten, was erhebliche Abschreibungen zur Folge hatte.

Trotz aller dieser ungünstigen Verhältnisse ist aber die Volksfürsorge in der Lage, den alten Prozentsatz in der Gewinnverteilung von 5 Prozent auf die gesamte gewinnanteilberechtigte Prämie beizubehalten, d. h. der Gewinnreserve rd. 1 250 000 Mark zuzuführen. Dadurch erreicht der Gewinnreservefonds der Versicherten nach Genehmigung des Verteilungsplanes durch die Generalversammlung eine Höhe von 2 760 000 Mark.

Die Volksfürsorge ist gegenwärtig fast die einzige Versicherungsgesellschaft in Deutschland, die die Volksversicherung als alleinigen Betriebszweig betreibt, während sie bei den übrigen Gesellschaften, die die Volksversicherung führen, nur als ein Nebenzweig behandelt und bei der ungünstigen Einwirkung der Teuerungsverhältnisse gerade auf die Volksversicherungsbranche mehr und mehr abgebaut wird. Es ist ein Beweis für die solide Geschäftsgebahrung der Volksfürsorge, daß bei ihr, die bis heute ausschließlich die Volksversicherung betreibt, derartige Maßnahmen nicht Gegenstand von Erwägungen zu sein brauchten und auch für die Folge wohl ausgeschlossen sein werden. Die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zeigen zurzeit der Niederschreibung dieses Berichtes kein besonders erfreuliches Gesicht. Trotzdem kann die Volksfürsorge mit Rücksicht auf alle die überwundenen Schwierigkeiten der letzten Jahre und im Hinblick auf die steigende Entwicklung des Geschäfts ohne Sorge in die Zukunft blicken, in dem Vorsatze, mehr denn je Gewicht zu legen auf die sparsamste Geschäftsführung.

Wir werden über die Verhandlungsergebnisse der Generalversammlung zusammenfassend berichten.

Gewerkschaftliches.

Erster Verbandstag des Zentralverbandes der Angestellten.

k. r. Am Sonntag, den 29. Mai, beginnt in Weimar der erste Verbandstag des Zentralverbandes der Angestellten. Er hat neben der Behandlung der Geschäftsberichte und Anträge und der Vornahme der Wahlen noch die Punkte: Reorganisation der Afa — einheitliches Arbeiterrecht — Lohn- und Tarifwesen — Arbeitsgemeinschaften — Kapitalistische oder sozialistische Wirtschaft — Industrieverband der Angestelltengewerkschaft — und Jugendbewegung auf der Tagesordnung. Der neue Verband umfaßt seit Oktober 1919 die früheren drei selbständigen Verbände: Zentralverband der Handlungsgehilfen, Verband der Bureauangestellten, Verband der Versicherungsangestellten, die laut dem Vorstandsbericht den Verschmelzungsprozeß nicht nur formal, sondern unter williger Mitarbeit fast aller Funktionäre auch geistig zufriedenstellend vollzogen haben. Der neue Verband musterte bei der Verschmelzung rund 330 000 Mitglieder, stieg in den ersten drei darauffolgenden Quartalen fortwährend, bis auf 402 748 Mitglieder im 2. Quartal 1920, sank von da an bis zum Schlusse 1920 auf 263 521 und bis zum Schlusse des 1. Quartals 1921 auf 333 682 Mitglieder. Sie verteilen sich nun in zirka 700 Ortsgruppen, die wiederum in 26 Gaue eingeteilt sind. Nach Geschlechtern geschieden zerfällt die Mitgliederzahl in 179 347 männliche, 154 335 weibliche Mitglieder. Der Rückgang seit Juli 1920 wird außer auf eine seitdem vorgenommene sorgfältige Neuregistrierung und Sichtung der Mitgliederzahlen zurückgeführt auf erschwerten Gewerkschaftskampf, verminderte Erfolgsmöglichkeit, Beitragserhöhung und ferner auf die politischen Zwistigkeiten. Der Vorstand erblickt jedoch in diesem Rückgang nur eine vorübergehende Erscheinung, die keineswegs bedenklich stimmen kann. Der gegenwärtige Mitgliederbestand könne vielmehr als eine feste Grundlage und als Kern der Organisation angesprochen werden. Die Gesamteinnahmen des Verbandes betrugen im Jahre 1920 22 486 815,45 Mk., die Gesamtausgaben 20 214 628,49 Mk. Das Vermögen der Hauptkasse erhöhte sich am Jahresschluß 1920 auf 1 944 424,76 Mk. Für Stellenlosen-, Kranken-, Sterbe-, Notfall- und Gemaßregeltenunterstützung wurden im Jahre 1920 634 788 Mark ausgezahlt; für Lohnbewegungen (Verbandsvorstand, Ortsgruppen, Gaue zusammengenommen) 1 580 009,56 Mk. Die Zahl der Lohnbewegungen war sehr hoch, und in der übergroßen Mehrzahl der Fälle gelang es, auf dem Wege friedlicher Verständigung zu Vereinbarungen und vielfach zu Tarifen zu kommen. Doch vielfach mußte auch die für die Angestellten durchaus neue Waffe des Streiks angewendet werden, bei deren Handhabung sie ihre Feuerprobe glänzend bestanden haben.

Wir werden über die Verhandlungsergebnisse des Verbandstages am Schlusse zusammenfassend berichten.

Ein Bezirkskartell der Afa.

Am 22. Mai hatten sich die an den einzelnen Orten bestehenden Ortskartelle der Provinz Sachsen des Allgemeinen freien Angestellten-Bundes zur Gründung des Bezirkskartells zusammengefunden. Vertreter folgender dem Afa-Bund angehörenden Organisationen waren erschienen: Bund der technischen Angestellten und Beamten, Deutscher Werkmeister-Verband Düsseldorf, Zentralverband der Angestellten, Deutscher Polierbund, Verband der Zuschneiderinnen und Direktrizen, Genossenschaft Deutscher Bühnenangehörigen, Deutscher Chorsänger- und Balletterband, Internationale Artistenloge, die insgesamt über 30 000 freigewerkschaftlich organisierte Angestellte vertraten. Nach einem einleitenden Referat des Kollegen Süß (Berlin) vom Zentralvorstand des Afa-Bundes wurde die Satzung des Bezirkskartells beraten und die Wahl vorgenommen. Als Vorort wurde Halle a. S. bestimmt, woselbst sich die Geschäftsstelle Kleine Klausstraße 7 II befindet. Der organisatorische Aufbau des Afa-Bundes in der Provinz Sachsen ist somit beendet und die Plattform zur gemeinsamen Arbeit mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund in der Provinz Sachsen geschaffen. Die freigewerkschaftlich organisierte Angestelltenschaft hat sich dadurch ein Rüstzeug geschaffen, mit dem sie der Zukunft mutig entgegensehen kann. Das Ortskartell Magdeburg des Afa-Bundes hatte für den 21. Mai in der Reichshalle einen wohlgelungenen Begrüßungsabend vorbereitet, in dessen Dienst sich die Mitglieder des Magdeburger Stadttheaters und andere Künstlerinnen und Künstler stellten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210527-10/fragment/page=0003

Aus aller Welt.

Mysteriöser Anschlag.

Wie die Blätter aus Wien melden, war gestern nachmittag auf der Straße zwischen Wienerneustadt und Neunkirchen quer über die Straße ein starkes Drahtseil gespannt worden. Gegen 9½ Uhr fuhr ein Automobil gegen das Drahtseil. Der Chauffeur wurde durch die eingedrückte Glasscheibe schwer verletzt, vermochte aber noch bis Wienerneustadt zu fahren. Hier wurde festgestellt, daß dem im Wagen sitzenden Eigentümer des Autos der Kopf glatt abgeschnitten worden war. Wenige Minuten später fuhr ein zweiter Kraftwagen gegen das Seil. Der Chauffeur wurde vom Wagen geschleudert und schwer verletzt, das Auto fuhr führerlos weiter und stürzte mit seinen Insassen in einen Graben hinein, wobei zwei der Insassen verletzt wurden. Ob es sich bei dem Anschlag um einen Racheakt gegen Automobilisten oder einen geplanten Raubüberfall handelt, ist noch nicht bekant.

Großer Brand in Dresden. Mittwoch vormittag gegen zehn Uhr brach in einem der Speditionsfirma Seebe gehörigen Schuppen am Elbkai unterhalb der Eisenbahnbrücke auf bisher unaufgeklärte Weise ein Brand aus. Das Feuer fand reichliche Nahrung. Die Feuerwehr rückte zunächst mit einer Dampfspritze in Mittelfeuerstärke aus. Während ihrer Tätigkeit kam jedoch der große Vorrat an Kohlensäureflaschen zur Explosion. Daraufhin wurden sämtliche Löschzüge mit 16 Schlauchleitungen der Dresdener Feuerwehr bis auf eine alarmiert. Die Löscharbeiten wurden durch die umherfliegenden Flaschenteile, die die Schlauchleitungen zerschnitten, sehr erschwert. Durch die Explosion wurden auch mehrere Zuschauer verletzt. Einer von ihnen mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Gegen ¼11 Uhr griff das Feuer auf einen großen Oelschuppen über, der schnell unter Wasser gesetzt werden mußte, wodurch noch viel größeres Unglück verhütet wurde. Gegen 11 Uhr war die größte Gefahr beseitigt. Der Schaden des Brandunglückes soll sehr bedeutend sein.

Eschwege, 27. Mai. Großfeuer. Ein Großfeuer im Rhönstädtischen Tann äscherte 10 Wohnhäuser mit Nebengebäuden ein. Zwölf Familien sind obdachlos.

Vermischtes.

Der Zorn einer Schauspielerin.

Man schreibt dem „B. T." aus Paris: Madame Céci Sorel, die nicht nur die Schönheit der „Comédie", sondern auch eine Schönheit der Komödie des Pariser Lebens ist, hat durch eine Heldentat neuen Ruhm gewonnen. Sie hat die Karikatur, mit der der Maler Bib ihre Reize mißbrauchte, im „Salon der Humoristen" tätlich angegriffen und, wenn auch nicht das Bild, so doch das Glas, mit dem das Bild bedeckt war, zerschlagen.

Die Vorgeschichte ist bekannt. Die nicht höfliche, aber sehr lustige Karikatur war ausgestellt und hatte kein besonderes Interesse erregt. Nachdem aber Madame Sorel den Maler auf einen Schadenersatz von 10 000 Franks verklagt und seine „Majestätsbeleidigung" den Zeitungen mitgeteilt hatte, strömte die ganze Pariser Gesellschaft in den bisher ziemlich vereinsamten „Salon der Humoristen", um Vergleiche zwischen dem unbekannten Porträt und dem sehr bekannten Original anzustellen. Die „Humoristen" wurden durch diesen Erfolg zu einem tatsächlich humoristischen Einfall angeregt. Sie stellten das Bild der beleidigten Schönheit auf eine Staffelei in die Mitte des Saales, befestigten darunter den Anklageakt, den die Künstlerin ihnen zugehen ließ und stellten daneben eine Opferbüchse auf, um die 10 000 Franks Schadenersatz aufzubringen. „Nur noch 50 Centimes fehlen an den 10 000 Franks, die Madame Sorel von uns haben will", verkündete ein Plakat über der Büste. Und die 50 Centimes gingen reichlich ein . . . bis der Opferstrom gestern jäh unterbrochen wurde. Um die Mittagsstunde rauschte Frau Sorel, von einem Hofstaat begeisterter Verehrer umgeben, in den Saal, schritt mit heroischem Pathos auf ihr Ebenbild zu und versetzte ihm mit ihrer Handtasche drei kräftige „Ohrfeigen". Das Glas zerbrach und ein Jauchzen ging durch die Menge der Zuschauer. Stolz und glücklich über diesen Einbruch in unbewehrtes Land der Kunst, ließ Madame Sorel sich zum Sekretär der Ausstellung geleiten und erklärte ihm (nach dem „Matin"): „Ich bin schön, und nur die Zeit hat das Recht, mich zu entstellen!" Dann fuhr sie, froh des erreichten Zieles, nach Hause. Aber eine Stunde später telephonierte sie, daß ein neues Unglück geschehen sei. Durch die Gewalt des Schlages war ein großer Rubin abgeschlagen, der das Schloß der Handtasche zierte, und dieser Edelstein hat sich im „Salon der Humoristen" verloren. 10 000 Franks setzte Madame Sorel für den glücklichen Finder an Belohnung aus — genau so viel, wie sie von dem Maler Bib verlangte.

Seitdem ist der Salon der Humoristen so besucht, daß die Menschen vor dem Eingang warten müssen. Die einen wollen das Bild der Sorel sehen, die anderen — den Rubin finden. Und in den Pariser Zeitungen hat sich auch ein Salon der Humoristen aufgetan, da jeder Journalist an diesem echten Pariser Ereignis seinen Witz versucht. Bis gestern konnte jeder Madame Sorel und nur wenige kannten den Maler Bib. Heute ist es zweifelhaft, wer von beiden die berühmtere Persönlichkeit ist. . . . . .

Literatur.

Sämtliche hier angezeigte Bücher und Schriften können, wie überhaupt jedes andere Buch, durch die Buchhandlung der „Volksstimme" Gr. Ulrichstraße 27 bezogen werden.

„Das deutsche Buch", eine Monatsschrift deutscher Verleger, zeigt in der Nachfolge auf das erste Heft ein wertvolles Niveau. Heft 2 ist Asien gewidmet; Tagore leitet klar und menschlich auswirkend ein. Kenner asiatischer Kunst und Kultur folgen mit Beiträgen. Heft 3 steht unter dem Zeichen Einsteins, bringt Ausführungen über Neuerscheinungen der anorganisch-chemischen Literatur und der Technik. Heft 4 wertet den Norden Europas: Die Literatur und den Geist Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Finnlands und Islands. B.

Die Reichsversicherungsordnung in der Praxis. Eine gemeinverständliche Erläuterung der Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung von Arbeitersekr. K. Schmidt-München (Verlag von G. Birk u. Co. m. b. H. in München. Preis 3 Mk. 73 Seiten). — Die soeben erschienene Broschüre will die Arbeiterschaft und sonstige Interessenten mit den wichtigen Bestimmungen der RVO. vertraut machen. Alle bisher getroffenen Gesetzesänderungen sind berücksichtigt worden, so daß sich jedermann leicht über das jetzt geltende Recht in der Arbeiterversicherung informieren kann. Der Verfasser geht von dem Grundsatz aus, daß die Gesetzeskenntnis Vorteile bringt und die Versicherten vor Schaden schützt. Gleichzeitig will er die große Allgemeinheit mit dem Wesen der Sozialversicherung vertraut machen, damit sie an dem weiteren Ausbau mitwirkt und die vorhandenen Mängel beseitigt sowie Lücken ausgefüllt werden. Ende dieses oder Anfang nächsten Jahres werden die Neuwahlen zu den Krankenkassen stattfinden. Da die Zusammensetzung der Rechtsmitteilinstanzen im wesentlichen von dem Ausfall dieser Wahlen abhängt, so wird dieses Schriftchen auch ein Hilfsmittel zur Aufklärung darstellen. Ein bildlicher Aufbau der Organe in der RVO. ist beigefügt. Es ist deshalb diese Broschüre nicht nur für den Versicherten, sondern für alle Funktionäre der Arbeiterbewegung, insbesondere für die Versichertenvertreter, Betriebsräte und Vertrauensleute zu empfehlen.

„Der Mensch versagt". (Preis 5 Mk.) Unter diesem Titel schildert Wilhelm Michel, wie der Deutsche die durch die Revolution geschaffene Situation nicht auszunutzen verstand, und er sieht darin ein „Versagen vor jener großen und nur teilweise politischen Aufgabe, als deren allererster grober Lösungsversuch die Revolution in die Welt sprang". Er erwartet die Rettung der Welt von dem endlichen Sieg des Geistes, der einen neuen Menschen und eine neue Welt erschaffen wird. Michel lehnt jede Gewalt ab: „Wer das geistige Ziel will, muß auch das geistige Mittel wollen: Gewalt ist geistfeindlich, also verwerfen wir sie". Verlag „Tribüne der Kunst und Zeit".

Verantwortlich: Für Politik, Parteinachrichten, Gewerkschaftliches u. Feuilleton Willi Lanske; Für „Halle-Saalkreis" u. Provinz und den übrigen redaktionellen Teil Karl Garde; für die Inserate Wilhelm Hersig; sämtliche in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Vereins-Anzeiger.

Jede unter dieser Rubrik erscheinende Bekanntmachung kostet pro Zeile 20 Pfg. Im Vereinsanzeiger sollen alle Veranstaltungen der geselligen, gewerkschaftlichen u. politischen Organisationen aus dem Verbreitungsbezirk angekündigt werden.

Ramsin. Alle Leser der „Volksstimme" werden gebeten am **Sonnabend**, den 28. Mai, abends ½9 Uhr, im Gasthof Ramsin zu einer Besprechung zu erscheinen. Es soll über die Zustellung der Volksstimme gesprochen werden.

Der Einberufer.

Gerbstedt. Sozialdemokratische Partei Deutschlands. **Sonntag**, den 29. Mai, abends 8 Uhr, in Hessens-Restauration **Mitglieder-versammlung.** Das Erscheinen sämtlicher Genossinnen und Genossen ist erforderlich. Auch werden zu dieser Versammlung alle Leser der „Volksstimme" herzlich eingeladen. Mitglieder und Leser der Volksstimme erscheint in Massen.

Die Ortsleitung.

Genossen, versichert nur bei der Volksfürsorge!

Wir veranstalten vom 28. 5. bis 5. 6. 1921:

Eine Woche billiger Damen-Hüte

Preise stark ermässigt.

Tagal-Formen 40.— 50.— 60.— usw.
Stroh-Formen 20.— 30.— 40.— usw.
Bast-Formen 20.— 25.— 30.— usw.
Borten-Hüte 45.— 50.— 60.— usw.

Garnierte Hüte und Modelle
zu Original-**Fabrikpreisen.**
Kinderhüte - Putzzutaten - Rüschen

Unsere Schaufenster überzeugen Sie davon!

Stroh- und Filzhut-Fabrik
Franz Zenk
Kleiner Berlin 1-2 — Leipzigerstrasse, Ecke Postsir. I.
Merseburgerstr. 161 (an der Königsir.).
Gegründet 1910.

Reclams Universal-Bibliothek
Preis **1.50** pro Nr.
empfiehlt die
Buchhandlung der Volksstimme
Große Ulrichstraße 27.

Nähmaschinen
ADLER

Vorzüglichste Nähmaschine
auf Wunsch leichtere Zahlungsbedingungen
Karl Möller, Schmeerstrasse 1.

Lederklappen
von gebr. Sätteln sowie andere **Lederabfälle** in großen Mengen verkauft preiswert
Sternlicht, Alter Markt 11, Telef. 1388.

Freier Sängerchor Halle
Mitgl. d. Dtsch. Arb.-Sängerbundes
(Leitung: G. Lissel, Gesanglehrer)
veranstaltet Sonnabend, den 28. Mai abends 8 Uhr im „Hofjäger", Lindenstr. ein
Gr. Frühjahrs-Gesangskonzert
unter Mitwirkung Frau Alice von Boer-Gruselli (Sopran), Herrn Kurt Wichmann (Bariton) u. ein Künstler-Quartett des Görlach-Orchester.
Eintrittskarten im Vorverkauf 3.— Mk., an der Abendkasse 3.50 Mk. Karten in der **Buchhandlung Volksstimme**, ferner in den Musikalienhandlungen **H. Hothan, Reinhold Koch** und **Albert Manthey**, Buchhandl. **Saalfeld**, Bernburgerstraße u. bei den durch Plakate kenntl. Stellen

I. Reichs-Arbeiter-Sporttag
am **Sonntag, den 29. Mai 1921** auf der
Peissnitz.
Früh 7½ Uhr: **Leichtathletische Vorwettkämpfe.**
11 Uhr: **Grosser Umzug** vom Rossplatz durch die Stadt, anschliessend **Festrede** des Kartellvorsitzenden **Geissler.**
Von 1 Uhr an: **Vorführung der Schwimmer.**
Leichtathletische Hauptwettkämpfe, Turnerische Aufführungen Schwerathletische Aufführungen, Fussballwettspiele, Touristen-Vereine, Schachaufführungen (Lebendes Schach). **Radfahrer (Reigen und Radballspiel).**
Im **„Volkspark": Grosses Garten-Konzert,**
in beiden Sälen: **Grosser Fest-Ball.**
Zu diesen Veranstaltungen ladet ergebenst ein
Der Festausschuss.

Bitte, sofort bestellen!
Der Wahre Jacob
Einzige, farbig gedruckte humoristisch-satirische Zeitschrift der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Erscheint alle vierzehn Tage
Preis der Nummer 60 Pf.
Bestellungen werden entgegengenommen von der Expedition dieses Blattes und von sämtlichen Austrägern

Grudeöfen
in allen Größen und Ausführungen wieder lieferbar
August Domke,
Fabrik für alle Blechearbeiten.
Halle a. S. Taubenstr. 9.

Bei Einkäufen
bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich auf die Inserate in der **Volksstimme zu beziehen.**

Stadt-Theater
Sonnabend, den 28. Mai
Anfg. 7½, Ed. 10½ Uhr:
Die Braut von Messina
Trauerspiel von **Friedrich Schiller.**
Sonntag nachm.: **Glaube und Heimat.**
Sonntag abend: **Carmen.**

Stellen finden
Tüchtige
Maurer
gesucht.
Hermann Meise,
Merseburger Str. 102a.

Zu verkaufen
Getragene und neue
Schuhe
spottbillig zu verkaufen
Rathausstr. 17, Hof I.

Kaufgesuche
Goldbruch Silberbruch Alte Münzen
kauft zu höchsten Preisen
P. Kochanowski,
Uhrmacher und Goldarbeiter,
Neue Promenade 1
(Saale-Zeitung).

Vermischtes
Solbad Fürstental
Robert-Franzstr. 10.
Stark radiumhalt. Solquelle, echt Schmiedeberger Moor- und alle medizinischen Bäder.

Frauen keine Angst
Bei Ausbleiben u. Störung d. Period. Meine unübertroff. Mittel bring. einz. u. allein Hilfe. Erfolg vielfach schon nach einig. Stunden ohne Berufsstör. Garant. unschädl. Diskreter reell. Versand.
Marta Kiess,
Halle a. S., Merseburgerstraße 161 IV Tr., Eingang Königstraße

Zur Aufklärung!
Ueberzeugen Sie sich von unseren guten Waren und billigen Preisen:

Damen-Hemden	von 21.75
Knie-Beinkleider	von 23.75
Untertaillen mit Stickerei	von 9.75
Stickerei-Unterröcke	44.75
Herren-Einsatzhemden	**von 29.75**
Herren-Normalhemden	von 29.75
Herren-Maccohemden	von 29.75
Herren-Macco-Hosen	**von 24.75**
Barchent-Hemden	von 29.75
Bettbezüge mit 2 Kissen	
nur prima Qualitäten in weiß und bunt	von 115.—
Bettdecken, weiß	48.75
Bettlaken, 2 m lang	v. 48.—
Handtücher 14.75 12.75	9.75 6.75
Wischtücher, rot und blau kariert	v. 5.75
Taschentücher, weiß und bunt	v. 3.95
1 Posten bestickter Batist	**m 9.75**
1 Posten Hemdentuch	m 9.75
1 Posten Linon	m 12.75
1 Post. Dirndelstoff, sch. M.	**m 17.50**
1000 Mtr. Perkal zu Oberhemd. usw. Mtr. 15.— usw. usw.	
Maschinengarn, Rolle 200 m	2,45

Motto: Grosser Umsatz — kleiner Nutzen.
Wäsche- und Wollwaren-Lager
Grosse Ulrichstrasse 25,
Ecke Jägergasse, neben Beths Bunte Bühne.

Suche noch einige **Engrosabnehmer:**
Pa. **Schlackwurst**
Knackwurst
Röstwurst u. s. w.
sowie erstklassiges Rossfleisch zu billigsten Preisen.
Max Zaubitzer, Steinweg 52.

Amtliche Bekanntmachungen.

Eisleben.

Allen Pachtgartenbewerbern bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntnis, daß der Magistrat weitere **neue Anlagen zu Kleingärten nicht einrichten kann.**

Die weitere Inanspruchnahme von städtischen Plantstücken ist nicht mehr möglich, weil zweckmäßig belegenes Land nicht mehr vorhanden ist.

Die Stadt hat selbst in erheblichem Maße Kleingärten eingerichtet, sowie die Förderung des Kleingartenwesens unterstützt, sodaß wohl angenommen werden darf, daß dem Bedürfnis an Kleingärten weitgehend Rechnung getragen ist.

Die an uns eingereichten Gesuche, werden nach der Reihenfolge der eingegangenen Bewerbungen berücksichtigt, wenn ein Garten frei wird.

Zur Befriedigung des Bedürfnisses nach **Kleinpachtland kommen im Herbst** noch einige Ackerpläne **zur Parzellierung**, sodaß erneut eine größere Anzahl von Ackerbewerbern mit Kleinäckern bedacht werden können.

Eisleben, den 13. Mai 1921.

Der Magistrat. Riese.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210527-10/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Frauen und Mädchen der SPD.! Montag, den 30. Mai, abends 8 Uhr findet in Wilsdorfs Gesellschaftshaus eine Frauen-Mitgliederversammlung statt. Referent: Genosse Wiegand. Thema: „Die gegenwärtige Wirtschaftslage.“ Genossinnen! sorgt für guten Besuch. **Der Vorstand.**

Hallischer Gewerkschafts- und Vereinskalender.

Freier Sängerchor. Freitag, den 27. Mai, abends 7.45 Uhr Generalprobe. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen wird erwartet. — An die passiven Mitglieder des „Freien Sängerchors“ richten wir das Ersuchen, sich am Abend des Konzertes durch Vorzeigen des Mitgliedsbuches bei der Kontrolle zu legitimieren. **Der Vorstand.**

Halle-Saalkreis.

Halle, 27. Mai 1921.

Wiedergesundung der hallischen Gewerkschaftsbewegung.

Die „kommunistischen“ Zersetzungszellen auf dem toten Punkt angelangt.

Gestern fand hier eine gut besuchte Sitzung der Delegierten des Gewerkschaftskartells statt. Der Verlauf dieser Sitzung zeigte ein erfreuliches Bild der Wiedergesundung, welche in der hiesigen Arbeiterbewegung eingetreten ist. Aus dem Bericht des kommissarischen Vorstandes war zu ersehen, **daß sich von den 38 000 Mitgliedern der freien Gewerkschaften, die vor der Moskauer Zersplitterung dem Kartell angeschlossen waren, bereits wieder 29 500 dem Kartell angehören.** Der Rest befindet sich noch in den Händen der Kommunistengewerkschaftler.

Weyer und Müller, die Hauptmatadoren der kommunistischen Zersetzung in den Gewerkschaften, versuchten an der Sitzung teilzunehmen. Die Delegierten lehnten dieses Ansinnen mit übergroßer Mehrheit entschieden ab.

Es wurde dann der neue Kartellvorstand gewählt. Acht Mitglieder desselben gingen aus der Wahl per Akklamation hervor. Ueber die Wahl des Vorsitzenden selbst, verlangten die Vertreter der äußersten Linken geheime Abstimmung und schlugen als Kandidaten ihren Vertreter Martin vor. Die Wahl zeitigte folgendes Resultat: Abgegeben 58 Stimmen. Davon entfielen auf Martin 10 und auf den Kandidaten des bisherigen kommissarischen Vorstandes, den Genossen Hesse 39, die übrigen 9 Zettel waren unbeschrieben.

Die hallesche freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft hat damit den Zersplitterern und ihren Moskauer Helfershelfern eine Absage erteilt, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt.

Sondergericht.

Folgen eines Kolbenhiebes.

Der Betriebsrat Georg Otto aus Querfurt, dem der Anschluß an die kommunistische Partei zur Last gelegt wird, bekundet vor Gericht, daß er mit der Märzaktion sich nicht im Geringsten solidarisch erkläre. Er habe sich bis zum Osternsonnabend dem Treiben ferngehalten. An diesem Tage wurde er auf der Nachfrage nach den Arbeitsverhältnissen von fünf bewaffneten Leuten umzingt, die ihm unter Rufen wie: „Was, du willst arbeiten?! Du bist mir noch der Schlanfste!“ ein geladenes Gewehr in die Hand drückten, das er der Sicherheit halber im Schießgraben, wo er niemand verletzen konnte, entlud. Der im Anklagen unentwegte Herr Staatsanwalt gibt zwar zu, daß unter diesen Umständen die Anklage auf Hochverrat fallen gelassen werden müsse, daß der Angeklagte aber wegen groben Verstoßes gegen das Entwaffnungsgesetz und Anschlusses an bewaffnete Haufen zu bestrafen sei. Er beantragt, deshalb gegen Otto **1½ Jahr Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe.**

Mit Recht verweist der Verteidiger Rechtsanwalt Neumann auf die Unzulässigkeit einer Anklage wegen Verbrechens gegen das Entwaffnungsgesetz. Ein solches Vergehen **würde den Besitz einer Waffe bedingen, was aber im vorliegenden Fall nicht vorhanden war.** Der Verteidiger bittet deshalb um **die Freisprechung seines Klienten.**

Das Gericht gelangt denn auch zur Verneinung des Entwaffnungsverbrechens und nimmt nur Anschluß an bewaffnete Haufen als gegeben an. Otto wird zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. 7 Wochen Untersuchungshaft werden angerechnet. Außerdem wird ihm Strafaufschub mit 3jähriger Bewährungsfrist zugebilligt.

Der schon vorbestrafte 22jährige Franz Peter aus Bitterfeld, der über die Gewerkschaftsverhandlungen mit Hörfing allerlei Irreführendes aussagt, hat sich den Aufständischen seines Ortes am Tage nach der Erstürmung des Rathauses zur Verfügung gestellt und vor dem Rathause, in dem ein Inspektor gefangen war, den „Wachthabenden“ gemimt. Außerdem war er bei der Verhaftung von dortigen Schutzpolizeibeamten zugegen.

Er hat sich nach dem Plädoyer des Staatsanwaltes des Aufruhrs, Landfriedensbruches, des Anschlusses an bewaffnete Haufen und Verstoßes gegen das Entwaffnungsgesetz schuldig gemacht und das Gericht verurteilt den Angeklagten gemäß dem Antrage der Staatsanwaltschaft zu 2½ Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.

Der Angeklagte Kurt Selka aus Unterröblingen, der in Wimmelburg, mit einer roten Armbinde versehen, Sanitätsdienste für die rote Armee verrichtet hat, soll nach dem Willen des Staatsanwaltes zu 8 Monaten Gefängnis (!) verurteilt werden. Als Rechtsanwalt Dr. Pfeiffer noch einen Entlastungszeugen laden will, kommt es zu einem heißen Zusammenplatzen der juristischen Geister, wobei Landgerichtsdirektor Krüger wieder einmal nicht gerade vorteilhaft aus dem allgemeinen Niveau herausfällt.

Selka wird zu der auch in dieser Form noch unverständlichen Strafe von **8 Monaten Gefängnis verurteilt.** Strafaufschub mit Bewährungsfrist wird ihm zugebilligt.

Dann erscheinen die Angeklagten Haudtke, Burgerstode, Mahnert, Morgenthal und Horn, sämtliche aus Unterröblingen. Als der Staatsanwalt direkte Fragen an die Angeklagten richtet, kommt es noch einmal zu einem Zusammenstoß mit Landgerichtsdirektor Krüger, der sich davor fürchtet, der Verteidigung dasselbe Referat eingestehen zu müssen.

Den Angeklagten wird Teilnahme an den Eislebener Kämpfen zur Last gelegt. Doch ergibt die Verhandlung ihre Unschuld in diesem Punkte. Nur Mahnert hat kurze Zeit unter Terror ein Militärgewehr an sich genommen. Burgerstode ist gar Kriegsinvalide mit verkeltetem Arm, kann also keine Waffe bedienen. Horn mußte ein Maschinengewehr auf einen Wagen laden und auch Haudtke und Morgenthal wurden zu ähnlichen Handlungen gezwungen.

Der Staatsanwalt beantragte gegen Burgerstode und Mahnert 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, gegen Horn 1 Jahr 8 Monate Gefängnis, gegen Haudtke und Morgenthal je 8 Monate Gefängnis.

Burgerstode und Mahnert werden **freigesprochen** (man vergleiche den Antrag des Staatsanwaltes, greife sich aber nicht an den Kopf). Horn **wurde zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis,** Haudtke **zu 1 Jahr Gefängnis** und Morgenthal zu **6 Monaten Gefängnis** verurteilt.

Das Gericht billigte dem Angeklagten Morgenthal **Strafaufschub** mit dreijähriger Bewährungsfrist zu.

Die Verhandlung gegen den Arbeiter Bollerey aus Holzweißig wurde vertagt. Er hat nämlich bei seiner Verhaftung insolge eines Kolbenhiebes seitens der Reichswehr eine schwere Erschütterung seiner Nerven und seines Gedächtnisses davongetragen und bringt bei der Verhandlung unter nervösem Zucken nur wenige Brocken heraus. Das Gericht beschließt, vor einer weiteren Verhandlung das Gutachten des Gerichtsarztes über die Verhandlungsfähigkeit Bollereys einzuholen.

Die Stadtverordnetenversammlung und der Erwerbslosenrat.

(Fortsetzung aus gestriger Nummer.)

Wenn Herr Ilgenstein sich in seiner Begründung dazu versteigt, für die Unorganisierten eine besondere Lanze zu brechen, so ist das sicher kein rühmliches Beispiel für die Arbeiterbewegung, die sich bisher immer dafür einsetzten, daß die von ihr geschaffenen Organisationen auch überall anerkannt wurden. Wer eben den Weg zur Organisation nicht findet, gleichviel aus welchen Gründen, der muß eben schon zufrieden sein mit dem, was die anderen für ihn schaffen. Wir sehen wenigstens keine Veranlassung, diesen Leuten besonderes Entgegenkommen zu zeigen. Für einen Sozialisten gibt es aber nur eine wirtschaftliche Vertretung der Arbeiterschaft. Das sind die freien Gewerkschaften. Das hat ja auch die Bezirkskartellkonferenz am Sonntag wieder mit besonderem Nachdruck betont. Ich könnte es verstehen, wenn die Demotraten für Mitwirkung der Hirsch-Dunckerschen und die christliche Volkspartei für die der christlichen Gewerkschaften eingetreten wären, aber als Freigewerkschaftler, Unorganisierten Vorteile zuzuschanzen, das verstehe ich nicht. Das hätte sich früher einmal ein Arbeitervertreter leisten sollen. Doch genug davon.

Aber auch die sich ergebenden Folgerungen sprechen nicht für den Arbeitslosenrat. Schon deswegen nicht, weil es alle Tage vorkommen kann, daß das eine oder andere Mitglied des Rates Arbeit bekommt. Es würde dann natürlich ebensowohl eine Neuwahl notwendig sein, wenn nicht sogar der Zufall will, daß alle auf einmal Beschäftigung bekommen. Na, und wie unter diesen Voraussetzungen die Rechte der sich sowieso schon in bedauerlicher Lage befindlichen Arbeitslosen wahrgenommen werden können, dazu mache sich jeder selber seinen Vers. Oder — sollte hier gar Voraussetzung sein, daß die Mitglieder des Rates aus reinem Idealismus für die Sache dauernd auf einträglicheren Arbeitsverdienst freiwillig verzichten dürften? Den Idealismus in allen Ehren, aber das wäre doch eine etwas zu starke Zumutung, die zu vertreten wir nicht imstande sind. Einmal im Interesse der Gewählten selbst und zum anderen noch weniger im Interesse ihrer Familie.

Man sieht also, das diese, wie jede Sache auch ihre zwei Seiten hat und es wäre nur zu wünschen, daß den Arbeitslosen recht bald und reichlich Gelegenheit zur Arbeit gegeben werden möge, um ihre Not zu lindern. In Bezug auf die Wahrnehmung ihrer berechtigten Interessen aber sollten sie sich der Einsicht nicht verschließen, daß diese nur gewahrt werden können durch ihre Gewerkschaften. Auch das Gegenteil zu schlußfolgern, ist unlogisch, schon darum, weil die Gewerkschaften doch nur ein Interesse haben können an der Unterbringung ihrer arbeitslosen Mitglieder in ein Arbeitsverhältnis, damit die Kasse entlastet wird. Nur guter Wille zur Erkenntnis des Besseren kann uns über die leider augenblicklich so schwere Zeit hinweghelfen, nicht aber radikale Phrasen. A. M.

Kinderhilfe-Fest im Städt. Lyzeum.

Das Städt. Lyzeum I nebst Studienanstalt, Alte Promen. 21, veranstaltet am Sonnabend den 28. und Sonntag den 29. um 3 Uhr nachmittags einen Bazar (Verkauf von Schülerinnen-Handarbeiten u. a.) mit Aufführungen (Gesang- und Musikstücke, Rezitationen — „Das Hexenlied“ von Wildenbruch-Schillings u. a., literarische Darbietungen, Lautenlieder, Aufführung eines Märchenspiels usw., Reigen- und Singspiele der Kleinen: „Puppenmütterchen“ und „Beim Puppendoktor“). Es lädt dazu alle Freunde und ehemaligen Angehörigen der Anstalt herzlich ein und bittet um zahlreichen Besuch.

Ein Schwindelgenie gefaßt.

Hoch hinaus wollte der Postbote St., der sich aus eigener Machtvollkommenheit durch entsprechende „Berichtigung“ seines Militärpasses vom Unteroffizier zum Feldwebel beförderte und sich auch das E. K. I. Klasse verlieh, mit dem er stolz seine Uniform schmückte. Da die Ausgaben seiner „zukünftigen“ Braut, mit der er gemeinsamen Haushalt führte, seinen Ansprüchen nicht mehr genügte, erwarb er von einem hiesigen Tischlermeister zwei neue Zimmereinrichtungen und bewies seine Kreditwürdigkeit hierbei durch Vorlegung eines Sparkassenbuchs, das auf 5000 Mk. lautete, in Wirklichkeit aber nur ganze 3 Mark aufwies, die er durch Fälschung erhöht hatte. Dann nahm er bei einem hiesigen Bankgeschäft zweimal ein Darlehen auf und verpfändete dafür unter Fälschung der Unterschrift seiner „angeblichen“, tatsächlich gar nicht vorhandenen Frau, Möbelstücke, die ihn nicht gehörten. Das Geld war jedoch schnell verbraucht, und St. sann nun auf einen neuen Weg, sich ein weiteres Darlehn zu verschaffen. Er begab sich zu seinem Friseur, ließ sich das Hauptbaar scheren und den Bart abnehmen und sich dafür mit einem angeklebten Spitzbart und flottem Schnurbart versehen. In diesem Aufzuge sandte er sich dann als Postassistent M. wieder bei seinem Bankier ein und suchte um ein Darlehn von 5000 Mark nach. Zu seinem Unglück hatte aber der ihn abfertigende Bankbeamte ein gutes Personengedächtnis, erkannte ihn auch in seiner Verstellung wieder und ließ ihn durch die Polizei festnehmen. Er wird sich jetzt wegen mehrfachen Betruges und Urkundenfälschung zu verantworten haben.

Wem gehört das Plündergut? Bei der Kriminalpolizei (Zimmer 37) befinden sich die nachstehend bezeichneten Kleidungsstücke, die von den Plünderungen in der Umgegend herrühren, in Aufbewahrung: Ein Damenmantel, 1,30 Meter lang, aus feldgrauem Militärtuch, mit breitem Umlegekragen, Taillengürtel, großen schwarzen Hornknöpfen mit Perlmuttereinlage; eine braun- und gründurchwirkte Weste mit braunen Knöpfen und hellem kleingemustertem Futter; ein Ulster (Raglan), hellgrau, grün- und graudurchwirkt, unter dem Anhängsel ein grünes Firmenzeichen mit den Worten „Ulster Hochmodern“. Geschädigte werden ersucht, sich zur Besichtigung der Sachen auf dem angegebenen Zimmer zu melden.

Adler-Fahrrad gestohlen. In Gotha ist ein vermutlich gestohlenes Fahrrad, Marke Adler, Nr. 518 926, schwarzer Rahmen, gelbe, schwarz abgesetzte Felgen und Schutzbleche, beschlagnahmt worden. Der Geschädigte wird ersucht, sich bei der hiesigen Kriminalpolizei, Zimmer 36, oder bei der Kriminalabteilung in Gotha zu melden.

20 000 Mark Belohnung. Am 19. Mai wurde in Bad Kissingen einem Juwelenhändler eine Platinkette mit Brillantanhänger und zwei großen Perlen im Werte von 200 000 Mark gestohlen. Als Täter kommt ein etwa 26jähriger Mann in Frage. Letzterer ist 1,70—1,75 Meter groß, schlank, hat bleiches Gesicht und ein fast mädchenhaftes Aussehen. Wer Angaben über den Verbleib der Platinkette oder über die Person des Täters machen kann, wird gebeten, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 41, zu melden. Der Geschädigte hat 20 000 Mark Belohnung auf Wiederherbeischaffung der Kette ausgesetzt.

Ein gemeingefährlicher Heiratsschwindler und Hochstapler ist vor einigen Tagen von der Kriminalpolizei Leipzig in der Person des „Schauspielers“ und „Schriftstellers“ Paul Heinz Müller-Wallburg, geb. am 1. 8. 94 in Berlin, festgenommen worden. Müller-Wallburg ist ehemaliger Fürsorgezögling, hat schon seit langer Zeit keinen reellen Erwerb und lebt hauptsächlich von Heiratsschwindeleien. In seinem Besitze wurde ein Verzeichnis über sämtliche deutsche Städte vorgefunden, was zu der Annahme berechtigt, daß er in den meisten Städten als Heiratsschwindler aufgetreten ist. Von ihm in Halle Geschädigte wollen sich auf der Kriminalpolizei, Zimmer 66 oder 67, melden.

Ueberfallen in der Wohnung. Gestern nacht wurde eine Witwe in ihrer Wohnung in der Gräfestraße von einem Manne überfallen und gewürgt. Durch ihre Hilferufe wurde sie von Hausbewohnern aus ihrer Lage befreit.

Von der Straße. Auf dem Riebeckplatz wurde ein Mann von Blutsturz und Krämpfen befallen, die seine Ueberführung in die Klinik erforderten. — Ein Laufkunge, der auf einem Fahrrade in der Ulrichstraße einem Straßenbahnwagen ausweichen wollte, kam zu Fall und wurde von einem aus der entgegengesetzten Richtung kommenden Straßenbahnwagen erfaßt und ein Stück mitgeschleift. Körperlichen Schaden hat er nicht erlitten.

Milderung der Paßgebühren. Für Reisen in das besetzte Gebiet im Westen ist insofern eine Milderung der Paßgebühren eingetreten, daß die nach dieser Zone erforderlichen Personalausweise von nun an stempelfrei für eine Mark Gebühren ausgestellt werden. Es wird an dieser Stelle nochmals darauf hingewiesen, daß Anträge für Reisepässe und Personalausweise jeder Art rechtzeitig im zuständigen Polizeirevier beantragt werden müssen. Inlandspässe und Personalausweise können gewöhnlich nach 3 Tagen; dagegen Auslandspässe erst nach 8—10 Tagen ausgestellt werden. Für Auslandspässe ist außerdem noch die Zustimmung des Finanzamtes, die der Antragsteller selbst beizubringen hat, erforderlich.

Schenkt Bücher! Die Gefängnisdirektion schreibt uns: Die Strafanstalt am Kirchtor ist so stark belegt, daß die vorhandenen Bücher nicht ausreichen. Jedermann wird ermessen können, was ein gutes Buch für einen Gefangenen zu bedeuten hat. Darum heraus mit den verborgenen Schätzen! Der Staat hat für solche Zwecke jetzt nur beschränkte Mittel. Jedes belehrende oder unterhaltende Buch wird von dem Direktor, dem Pfarrer oder Lehrer mit großem Dank entgegen genommen. Nur von Büchern politischen Inhaltes bitten wir Abstand zu nehmen.

Verlegung von Brotmarkenausgabestellen. Ab Montag, den 30. Mai 1921 werden die 29. Brotmarkenausgabestelle von Harbendergstraße 1 nach Dessauer Straße 1 (Schankwirtschaft Hall. Altenbierbrauerei) und die 17. Brotmarkenausgabestelle von Ludwig-Wucherer-Straße 26 nach Friedrichstraße 23 verlegt.

Freibankverkauf. Zum Freibankverkauf am 28. Mai 1921 werden die Inhaber folgender Nummern zugelassen: Um 7 Uhr: 601 bis 750, 8 Uhr: 751 bis 900, 9 Uhr: 901 bis 1050, 10 Uhr: 1051 bis 1200, 11 Uhr: 1201 bis 1350.

Stadttheater. Heute, Freitag, abends 7½ Uhr gelangt Verdis Oper „Der Troubadour“ zur Aufführung. Sonnabend „Die Braut von Messina“, Sonntag nachmittag Volksvorstellung bei kleinen Preisen von 1 Mk. bis 5 Mk. „Glaube und Heimat“, Sonntag abend „Carmen“. Montag „Martha“.

Thalia-Theater. Im Thalia-Theater gelangt am Sonntag, den 29. Mai, abends 7½ Uhr die Komödie „Der Biberpelz“ von Gerhart Hauptmann zur Aufführung. Eintrittskarten sind zu haben an der Kasse des Stadttheaters.

Freie Volksbühne Halle. „Der Verschwender“. Anfang 7½ Uhr. Spieltage: G: Freitag, den 27., H: Montag, den 30., J: Donnerstag, den 2. Juni, K: Sonnabend, den 4. Juni. Die Karten für das 8 und 9. Werk sind bis zum 2. Juni in den Bezirksstellen einzulösen.

Sport und Körperpflege.

Mitteldeutsche Spielvereinigung des Arb.-Turn- und Sportbundes (Bez. 6). H. F.-C. Minerva spielte am vergangenen Sonntag in Leipzig-Leutzsch gegen A.-T.-Verein Leipzig-Stötteritz 2:2 (Protest) um die Mitteldeutsche Meisterschaft. Hoffentlich kommt das Spiel nochmals in Magdeburg zum Austrag.

Provinz und Umgegend.

Unterbezirk III Mansfeld—Sangerhausen.

Sonntag, den 29. Mai, vormittags 10 Uhr, findet in Eisleben im Gambrinus eine Unterbezirkskonferenz statt.

Tagesordnung:

1. Ausbau der Organisation und Agitation. (Referent Gen. Müller.)
2. Presse. (Ref. Gen. Strauß.)
3. Verschiedenes.

Da diese Konferenz außerordentlich wichtig ist, müssen alle Ortsvereine und außerdem die Vertrauensleute der Orte, in welchen wir keine Ortsvereine haben, an der Konferenz teilnehmen. **Der Vorstand.**

J. A.: Alfd. Strauß.

An die Ortsvereine!

Um Mißverständnisse zu vermeiden, ersuchen wir alle Zuschriften für den Bezirksvorstand, die Organisationsfragen betreffen, an die Adresse R. Dreschner und in allen Kassenangelegenheiten an die Adresse Herm. Kunzemann zu richten. Geldsendungen an das Postscheckamt Nr. 37 573, Leipzig. Postscheckformulare bitten wir anzufordern, falls keine mehr vorhanden. Der Verkehr mit Postscheck verbilligt die Portounkosten und erleichtert die Kassenführung.

Sozialdemokratischer Bezirksverband Halle.

Der Bezirksvorstand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210527-10/fragment/page=0005

An die Ortsvereine des Bockwitzer Ländchens.

Sonntag, den 29. Mai, vormittags 9 Uhr, findet in **Bockwitz, Maldaus Gasthaus,** eine Sitzung statt, zu der **alle Ortsvereine des Ländchens Vertreter entsenden müssen;** es soll das Ländchen in ein Bezirksbudget eingeteilt werden (Distrikt-Ländchen). Referent: Genosse Dietrich (Falkenberg).

Der Unterbezirksvorstand.

Hörsings Kampf gegen die Selbstschutzorganisationen.

Gen. Hörsing hat als Regierungskommissar für die Provinz Sachsen am 25. Mai folgende Verordnung erlassen:

Auf Grund der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen vom 24. 3. 1921 (Reichsgesetzbl. Seite 253) verordne ich für die Provinz Sachsen was folgt:

§ 1.

Verboten ist:

1. Die Bildung von Freikorps und anderen militärischen Verbänden, sowie die Anwerbung von Freiwilligen und alle sonstigen Vorbereitungen hierzu,
2. Der Zusammenschluß von Personen zu Kampforganisationen oder zu Selbstschutzorganisationen aller Art. Unberührt hiervon bleibt die nach den Bestimmungen des Feld- und Forstpolizei-Gesetzes durch die zuständigen Behörden zum Zwecke des Flurschutzes erfolgte Bestellung von Feldhütern und Ehrenfeldhüter.
3. Die Aufnahme von Anzeigen und Aufsätzen in Zeitungen und Zeitschriften, welche die Bildung von Freikorps oder Selbstschutzorganisationen betreffen, sowie die Veröffentlichung von Aufrufen dieser Art und die Verbreitung von Nachrichten über die Bildung oder Tätigkeit solcher Verbände.

§ 2.

Bestehende Organisationen der in § 1 bezeichneten Art sind aufgelöst.

§ 3.

Wer den Anordnungen des § 1 zuwiderhandelt oder zu solchen Zuwiderhandlungen auffordert oder anreizt, oder wer einer nach § 2 aufgelösten Organisation als Mitglied angehört, wird, sofern nicht nach den geltenden Strafgesetzen insbesondere den §§ 81, 110, 111, 127 des Reichsstrafgesetzbuches, oder nach § 4 des Gesetzes zur Durchführung der Artikel 177, 178 des Friedensvertrages vom 22 März 1921 (Reichsgesetzbl. S. 235) oder der Verordnung des Reichspräsidenten vom 24. Mai 1921, betr. das Verbot des Zusammenschlusses zu militärischen Verbänden eine höhere Strafe verwirkt ist, mit Gefängnis oder Haft oder Geldstrafe bis zu 15 000 Mark bestraft.

*

Es wird jetzt natürlich wieder die dazugehörige Hetze der Orgeschpresse gegen Hörsing einsetzen. Das soll uns nicht anfechten. Genossen sorgt überall dafür, daß auch in den dunkelsten Winkeln die Orgeschorganisationen aller Mastierungen endlich einmal gesagt werden können.

Ländlicher Wohnungsbau.

Förderung aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Zur Förderung der so dringenden Umsiedlung von Arbeitskräften aus den überfüllten Stadt- und Industriegebieten auf das Land hat der Reichsarbeitsminister unter dem 7. Januar d. J. einen Erlaß (Aktenzeichen: I. C. 8867/20, abgedruckt im Reichsarbeitsblatt Nr. 9) herausgegeben, zu dessen Erläuterung das Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt folgendes mitteilt:

Während in der Regel die Förderung von Wohnungsbauten aus den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge in der Form verzinslicher (zurückzuzahlender) Darlehen erfolgt, kann auf dem Lande der Bau von Wohnhäusern nebst Zubehör (Keller und Stall) durch nicht zurückzuzahlende Zuschüsse gefördert werden, wenn nachgewiesen wird, daß der Wohnungsbedarf durch Zuzug Richtorisangehöriger, insbesondere durch Umsiedlung städtischer Bevölkerung, entstanden ist. Diese Darlehen und Zuschüsse werden nach dem Arbeitsergebnis festgesetzt, das in der Menge umbauten Raumes zum Ausdruck kommt; der „umbaute Raum" wird hierbei vom Fußboden des Erdgeschosses bis zur Oberkante des Hauptgesimses gerechnet. Für den Kubikmeter umbauten Raumes betragen diese Sätze bei Gewährung des a) zweifachen, an ersparter Erwerbslosenunterstützung, in den Ortsklassen A 56 ℳ, B 48 ℳ, C 44 ℳ, D und E 40 ℳ; b) zweieinhalbfachen, an ersparter Erwerbslosenunterstützung in den Ortsklassen A 70 ℳ, B 60 ℳ, C 55 ℳ, D und E 50 ℳ.

Es beträgt also z. B. in Ortsklasse C der Zuschuß für ein Wohnhaus $5 \times 8 = 40$ qm Grundfläche und $7{,}50$ m Höhe, umbauter Raum daher 300 cbm im Falle a) $44 \times 300 = 13\,200$ ℳ; im Falle b) $55 \times 300 = 16\,500$ ℳ.

Die angegebenen Einheitssätze erhöhen sich überdies noch, wenn durch Verwendung mehrerer Schichten von Arbeitskräften ein möglichst großer Kreis von Erwerbslosen zur Arbeit herangezogen wird, und zwar im Verhältnis der dadurch eingetretenen weiteren Ersparnisse an Erwerbslosenunterstützung. Wenn also z. B. jeder bisher erwerbslose Bauarbeiter zwei Wochen arbeitet und eine Woche feiert und dadurch die Belegschaft um die Hälfte stärker ist, als sie ohne diese Arbeitsstreckung sein würde, so erhöhen sich die oben angegebenen Einheitssätze um 50 Proz. — Die solchermaßen beabsichtigte finanzielle Förderung von Bauvorhaben wird natürlich um so mehr in Erscheinung treten, je mehr es gelingt, die Baustoffe zu billigen Preisen zu beziehen. Solches wird vielleicht durch einheitliche Bestellungen seitens einer Reihe von Unternehmungen erzielt werden können. Der Reichsarbeitsminister wird jedenfalls auch Anträge in dieser Richtung mit allem Wohlwollen prüfen lassen.

Anträge auf Beihilfen im Sinne vorstehender Darlegungen können beim Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt zur Weiterleitung eingereicht werden. Das Landesarbeitsamt ist auch bereit, vorher erbetene Auskünfte zu erteilen.

Merseburg—Querfurt—Weißenfels—Zeitz.

Merseburg. Oeffentliche Versammlung der S. P. D. Abfuhr der Unabhängigen. Einen glänzenden Verlauf nahm die von unserem Ortsverein nach dem „Tivoli" einberufene Aufklärungsversammlung, wo der nach Rußland gereiste Arbeiter, Gen. Gerwien, über die dortigen Verhältnisse sprach. Die Ausführungen des Gen. Germien wurden von der vollgefüllten Versammlung mit großem Beifall aufgenommen. Ueber das Referat berichteten wir bereits in unserer letzten Dienstagnummer. Wir wollen hier nur etwas näher auf die Diskussion eingehen. Da verzapfte vor allem ein gewisser Wenscheck von der U. S. P. D. in Merseburg (vom Kapp-Putsch rühmlichst bekannt) eine Anzahl minderwertiger Witze, indem er u. a. Auskunft vom Referenten verlangte, wie lange dieser in Rußland gewesen sei. Wenscheck wollte einmal reden, und anständig (wie wir es als S. P. D. gewöhnt sind) ließ man Wenscheck „reden". Die Kriegspolitik, der „Arbeiterverrat" u. a. m. hagelte hernieder. Genossen Krüger wurde vorgeworfen, in Mücheln die Prügelstrafe befürwortet zu haben. Gen. Krüger ging mit Wenscheck sehr scharf ins Gericht. Als Genosse Krüger in der Versammlung zu Mücheln sprach, besaß Wenscheck den „Mut", ½ Stunde vor der Tür und ca. 1 Stunde in der Tür sich Notizen zu machen. Bis zum Diskussionsredner reichte aber damals der „Mut" nicht aus. Was die Sondergerichte anbelangt, so sei nur an seinen Genossen Hammer erinnert. Weiß W. noch, wo er während dem Kapp-Putsch stand? Es geht nicht allein mit Phrasendrusch. So auch bei der Regierungsbildung. Es gibt einen ganzen Teil der U. S. P.-Funktionäre, die gewillt sind, in die Regierung einzutreten. Trotz alledem war W. schwer zu bewegen, seine Zwischenrufe zu unterlassen. Gen. Gerwien konnte sich dann, wie er in seinem Schlußwort ausführte, des Eindruckes nicht erwehren, daß Wenscheck mit den „Kommunisten" gemeinsame Sache macht. Wenscheck weiß es nicht und kann es auch nicht wissen, daß es in Rußland ganz andere Gerichte als die fliegen Sondergerichte gibt. Man nennt sie Fehmgerichte, wo ein Arbeiter, der sich seiner Lebenslage entsprechend bessere Arbeit sucht, wegen Desertation mit Entziehung der Lebensmittel bestraft wird. Was seinen Aufenthalt in Rußland anbetrifft, so soll sich W. nicht selbst ohrfeigen, seine eigenen Parteigenossen, Dittmann usw., welche sehr kurze Zeit in Moskau sich umgesehen hatten, waren in der Lage, große öffentliche Versammlungen über ihre Studien in Moskau herauszugeben. Empfehlenswert für W. wäre es, die „Freiheit" besser zu studieren. Arbeiter, mit den Mäschen eines Wenscheck kommen wir nicht weiter. Wir müssen zusammenkommen, wenn nicht politisch, dann gewerkschaftlich. Der Beifall der Versammlung zeigte, wie gründlich die Abfuhr für Herrn Wenscheck ausgefallen war. Ja, ja — die Felle schwimmen fort, aus dem früher so stolzen U. S. P.-Bau.

Merseburg. (Störung im Ueberlandbahnbetrieb.) Die Merseburger Ueberlandbahnen teilen mit: Bei dem starken Gewitter am 26. Mai in der Umgegend von Halle ist abends 3½ Uhr die Maschinenanlage der Elektrochemischen Werke derartig beschädigt worden, daß der ganze Betrieb gestört wurde. Deshalb waren auch die Leitungen der Fernbahn Halle-Merseburg stromlos und der Betrieb kam in den Abendstunden völlig zum Stillstand. Freitag morgen gegen 7 Uhr konnte der Verkehr durch Hilfsstrom von den Leunawerken und der Unterstation Frankleben in beschränktem Umfange wieder aufgenommen werden. Es ist zu erwarten, daß im Laufe des Tages die Elektrochemischen Werke wieder Strom liefern können und damit der volle Betrieb wieder durchführbar ist.

Roßbach. Gemeindevertretersitzung. Punkt 1: Der Antrag der Stadt Weißenfels, betr. Zahlung eines Zuschusses an die dortige Fortbildungsschule, wurde abgelehnt. Punkt 2: Die Verteilung von Milch soll nach dem 1. Juni ebenfalls durch Karten erfolgen. Punkt 3: Als Termin der öffentlichen Kirschenverpachtung wurde der 29. Mai festgelegt. Punkt 4: Die Leitungsrohre in der Leipziger Straße sollen geräumt werden. Punkt 5: In der Feldwegeverkaufssache mit der Grube Hoffnung hat diese Enteignung beantragt. Punkt 6: Die Grube Halle teilt mit, daß die Verlegung des Obstjäger Weges noch vor der Ernte geschehen wird. Punkt 7: Der Tumultschadenanspruch vom Knappschaftsverein in Halle aus 1920 wurde abgelehnt. Punkt 8: In der Klagesache Bothe, Martrchlitz gegen die Gemeinde geht das Verfahren weiter. Punkt 9: Die Grenzen des Gemeindeweges D sind amtlich festgestellt und wurden reguliert. Bei dem Verkaufe der Wasserpumpe in der 2. Schule wurden 151 Mk. und des Bassins 120 Mk. erzielt. 238 Mk. gingen als Beitrag an den Krüppelverein Magdeburg. Die Hundekontrolle war sehr erfolgreich. Die Reparatur am Armenhause schreitet fort. — Die ersten Häuser unserer neuen Siedlung sind bezogen. Wegen Regelung der Schulverhältnisse wird der Ortsrichter mit dem Schulvorstand weitere Schritte unternehmen. Seit September 1920 wartet die Gemeinde auf Entscheidung der oberen Behörden.

Naumburg—Eckartsberga.

Geuja. Ein abscheuliches Bild bietet jetzt der Dorfteich, der dem Grafen von Zech gehört. Schon immer stiegen aus diesem Pfuhl ekle Gerüche auf und verpesteten ringsum die Luft. Kürzlich hat man nun das Wasser wegen einer Reparatur an der Staueinrichtung ablaufen lassen und den Morast freigelegt. Dem Auge bietet sich nun ein „liebliches" Bild, Tierkadaver, Töpfe, Farbradgestelle, Unrat über Unrat und Berge von grünlich schwarzen Schlamm. Bisher hat noch niemand etwas bei dem Grafen unternommen, um zu erwirken, daß diese verpestete Dreckecke in einen würdigen Zustand versetzt wird. Die nur aus Bauern zusammengesetzte Gemeindevertretung kann wahrscheinlich kein Rückgrat gegen den „gnädigen Herrn" bekommen. Der deutschnationale Ortsrichter hat sich bisher noch nicht gerippelt und gerührt. Sozialdemokraten werden natürlich hier „geschnitten". Arbeiter, sorgt in Zukunft für andere Vertreter im Ortsparlament, stärkt in jeder Hinsicht die SPD.

Sangerhausen—Mansfelder See- und Gebirgskreis.

Eisleben. Sitzung des Genossenschaftsrats. Der Genossenschaftsrat des Konsumvereins für Sangerhausen und Umg. schreibt uns: Am Sonntag, den 29. Mai, findet im Volkshaus zu Eisleben, vorm. 10 Uhr, eine Konferenz des gesamten Genossenschaftsrats statt. Es ist Pflicht eines jeden Genossenschaftsratsmitgliedes zu erscheinen.

Eisleben. Volksbühne Eisleben e. V. Der vorläufige Vorstand des Vereins Volksbühne e. V. wird heute abend ½8 Uhr, im „Mansfelder Hof" zu einer Sitzung zusammentreten, zu der folgende Tagesordnung aufgestellt ist: 1. Wahl des endgültigen Vorstandes und der Ausschüsse. 2. Beratung der Statuten. 3. Beratung des Etats und der Finanzen. 4. Vertragsabschlüsse. 5. Propagandawesen. 6. Beschlußfassung über Denkschriften. 7. Festlegung des Spielplans. Infolge der wichtigen zur Beratung stehenden Punkte ist vollzähliges und pünktliches Erscheinen aller Vorstandsmitglieder notwendig.

Helbra. Wähler aufgemerkt! Der Wahlkampf zur hiesigen Gemeindevertretung nimmt in ruhigen Bahnen seinen Fortgang. Sämtliche Parteien, welche plötzlich ihre Sprache verloren hatten, beginnen ihre Qualitätsware ins Treffen zu führen. Wohlgemerkt, am greellsten tun es die bürgerlichen Parteien, welche nach dem Kommunistenputsch das erste Pferd zu reiten scheinen, d. h. wenn nur die bösen SPD.-Männer nicht wären, die in all ihrer Geheimniskrämerei schon ein wenig Erfahrung haben. Wer entfinnt sich wohl nicht mehr der Wahlschlacht der letzten Gemeindevertretung. Wo besonders der Satz in ihren Parolen glänzte: Wer die Religion schützen will — wählt die bürgerliche Liste! Wie aber steht es mit der Religion aus, wenn man sich die Wohnungskalamität vor Augen führt, so könnte man sich entrüsten ohne ein frommgläubiger Christ zu sein, oder den Sittenrichter spielen zu wollen, wenn man die ablehnende Begründung in Frage der Siedlung hört: „Wir haben Haus und Wohnung, wer keine hat muß zusehen wo er bleibt!" Auf gut Deutsch heißt es wohl: Man bedenke, ein junges Ehepaar muß erst den Nachweis erbringen, daß es bei ihren Eltern wohnen kann, d. h. einer Arbeiterfamilie mit nur einer Stube, Kammer und Küche, so muß es in einer Kammer schlafen, wo Eltern und Geschwister notgedrungenerweise mit schlafen müssen. Man denke sich ein junges Ehepaar in Flitterwochen. Auf diese Fragen vorwärts zu treiben gelang selbst einer radikalen Arbeitervertretung im Parlament nicht. Drum Einwohner, seid auf der Hut, wählt nur sozialistische Vertreter in das Parlament, denn schon sind die bürgerlichen Herren auf den Sprung, für den Fall, daß sie nicht in der gewünschten Mehrheit in das Parlament einziehen, der neuen Gemeindevertretung genau dasselbe Schicksal zu bereiten, wie der alten Gemeindevertretung.

Wählt die sozialdemokr. Liste! Wählt die Sozialdemokraten
Liste Scholz — Krüger! Scholz — Krüger — Becker — Brückner! SPD.

Mansfeld. Ein recht rabiater Hauswirt scheint der Besitzer des Hauses Flutgrabenstraße 21, namens Böhnert, zu sein. Der dort zur Miete — er zahlt für 3 Räume 400 (!) Mark — wohnende Genosse Esser wird von ihm in jeder Weise schikaniert. Böhnert war, infolge überflüssiger Räume, gezwungen worden zu vermieten. Jetzt sucht er anscheinend seine Wut an dem Mieter auszuüben. Seit einiger Zeit verschließt er, jedenfalls aus Angst, es könnte ihm jemand etwas hineintragen, sein Haus den ganzen Tag über. An seinem Hause hat er eine Schelle anbringen lassen, die in den unteren Hausflur führt. Verlangt nun jemand den Gen. Esser zu sprechen und schellt, so wird ihm seitens des Böhnert einfach gar nicht geöffnet. Es ist sogar vorgekommen, daß Böhnert am Waschsonntag gewaltsam in die Wohnung des Gen. Esser eingedrungen und handgreiflich geworden ist. B. ist außerdem anscheinend ein sehr „gebildeter" Mensch, da er den Gen. Esser mit allerlei Redensarten, wie: „Sie Ri . . . loch!" beglückt. Gen. Esser ist also gezwungen, die Angelegenheit dem Gericht zu übergeben. Es wird wahrhaftig auch in Mansfeld Zeit, daß hier ein Mieterverein gegründet wird, der sich, wie auch in Eisleben, recht eingehend mit den Interessen der Mieter beschäftigt. Auf zur Tat!

Bitterfeld—Delitzsch—Wittenberg.

Delitzsch. Schon wieder eine Verteuerung. Der Magistrat gibt bekannt: „Infolge der ab 1. Januar und 1. April 1921 eingetretenen weiteren Verteuerung der Gaskohlen; ferner wegen der seit 1. April d. J. erfolgten 55 prozentigen Erhöhung der Eisenbahnfrachten erhöht sich der Gaspreis auf 150 Pfennig je cbm. Der erhöhte Gaspreis wird erstmalig mit der Erhebung der Gasgeldbeträge für Monat Mai d. J. eingezogen." Zu dieser bedauerlichen Preiserhöhung bemerkt unser Berichterstatter, man sollte doch etwas sparsamer mit dem teuren Gas umgehen, besonders von seiten der Stadt. Als ich am Montag früh gegen sechs Uhr zu meinen Garten an der Schenkenberger Straße ging, bemerkte ich, daß aus einer Laterne an dieser Straße das Gas mit voller Wucht einströmte. Wenn man naiv wäre, könnte man annehmen, daß daraufhin die Preiserhöhung zurückzuführen ist. Also mehr Sparsamkeit!

— Zuckerpreise. Der Magistrat veröffentlicht: In Abänderung unserer Bekanntmachung vom 25. Oktober 1920 werden mit Wirkung vom 1. Juni d. J. ab folgende Kleinhandelshöchstpreise für 1 Pfund Zucker festgesetzt: 1. gemahlener Mehlis 4 Mk., 2. gemahlene Raffinade 4,05 Mk., 3. Würfelzucker 4,10 Mk., 4. Brodzucker 4,20 Mk., 5. Kandis 5,20 Mk.

Delitzsch. Bildung einer Frauengruppe der S. P. D. Auf die Anregung der Genossin Röpert (Halle) hin, hat sich hier am Dienstag, den 24. Mai, im „Bismarck" eine Frauengruppe der SPD. konstituiert. Genosse Alpers leitete die Versammlung, zu der aber noch mehr Genossinnen hätten erscheinen müssen. Zur Vorsitzenden der Frauengruppe wurde die Genossin Peter gewählt, zur Schriftführerin die Genossin Dumont. Als Delegierte für die am 29. Mai in Bitterfeld tagende Unterbezirkskonferenz wurde anstelle der verhinderten Genossin Rabe die Genossin Alpers gewählt. Es wurde beschlossen, vier Exemplare der alle 14 Tage erscheinenden sozialdemokratischen Frauenzeitschrift „Die Gleichheit" zu bestellen und zirkulieren zu lassen. Die Zeitungen können in der Wohnung der Vorsitzenden, Lindenstr. 22 I (Villa Winter), abgeholt werden. Dorthin sind auch alle Anfragen und Wünsche zu richten. Als Versammlungstag wurde der erste Dienstag eines jeden Monats festgesetzt. Beginn um 8½ Uhr abends. Die nächste Zusammenkunft der Frauengruppe findet also am Dienstag, den 7. Juni statt. Einen vorläufigen festen Programmpunkt für diese Frauenabende bildet die Lektüre von August Bebels ausgezeichneten Werk „Die Frau und der Sozialismus", mit der sogleich bei der ersten Versammlung im Juni begonnen wird. Die Genossen Schwahn und Peter sind als Vorleser dafür gewonnen worden. Die Vorlesung geschieht kapitelweise; nach jedem Kapitel soll eine Besprechung vorgenommen werden. Genossinnen, versäumt keine Versammlung der Frauengruppe, jeder Abend bietet eine Fülle von Anregungen. Frauen, schafft euch eine Kampforganisation, durch die allein ihr den unerhörten Preiswucher bei allen Lebensbedürfnissen bekämpfen könnt. Tretet alle der Frauengruppe bei und werbt für sie.

Torgau—Liebenwerda—Schweinitz.

Falkenberg. Sittlichkeitsverbrechen. Der Polizei gelang es vorige Woche, einen Sittlichkeitsverbrecher in der Person eines 68 Jahre alten Mannes, der sich schon seit Jahresfrist an Schulmädchen von 12 bis 14 Jahren vergangen hat, ausfindig zu machen. Untersuchungen haben ergeben, daß 15 Fälle nachweisbar sind. Die Untersuchungen sind noch im Gange. Wundern muß man sich, daß dieser Unhold so lange sein Unwesen treiben konnte, ohne daß von einer der Beteiligten etwas verraten wurde. Wir werden noch näheres hierüber mitteilen.

Bodwitz (Kr. Liebenwerda). Gemeindevertretersitzung. Dienstag abend fand in der Schulaula eine öffentliche Gemeindevertretersitzung statt. Der Rücktritt des Schöffen Albert Road wurde gegen 7 Stimmen genehmigt. — Für das Aufstellen von Telephonmasten am Mittelweg soll die Bubiag eine jährliche Anerkennungsgebühr von 5 Mk. pro Mast zahlen. — Dem A. Mende und der Firma Gärtner & Sohn wurden Bauskellen auf dem Starkeschen Plan und dem Zahnartz Fraude eine solche in der Mückenberger Straße überlassen. — Vom Abschluß von Milchlieferungsverträgen soll vorläufig abgesehen werden, da sich bisher kein Landwirt hierzu bereit erklärt hat. Es kam in der Versammlung zum Ausdruck, daß der Milchpreis zuerst auf jeden Fall in die Höhe gehen werde. In Schraden, woher Bodwitz die Milch bisher erhalten habe, hätte die Molkerei Ortrand 2,10 Mk. für das Liter ab Stall geboten; der jetzige Preis sei 1,50 Mk. — Hausbesitzer, die nicht in der Lage sind, vorhandene Räume in Wohnräume umzubauen, sollen 3½ Prozent Darlehen gewährt werden. Ferner wurde beschlossen, dem Verein zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit für die Jahre 1919 und 1920 je 20 Mk. und für das laufende Jahr 50 Mk. zu überweisen. Auch die deutsche Heimstätte in Davos will man, wie im Vorjahre, mit 50 Mk. unterstützen. — Der Haushaltplan für 1921 wurde verlesen. Die Ausgaben betragen 500 000 Mk. Er schließt ab mit einem Fehlbetrag von 115 000 Mk., die durch eine Anleihe aufgebracht werden sollen. — Die Umsatzsteuerkommission wurde ergänzt durch die Zuwahl des Ziegeleibesitzers Aug. Roack. — Der Antrag des Gemeindevorstandes, die Besteuerung der Wanderlager von 100 Mk. wöchentlich um den höchst zulässigen Zuschlag von 25 Proz. zu erhöhen, wurde zum Beschluß erhoben. — Der Entwurf zu einer Wertzuwachssteuerordnung wurde angenommen. — Zum Schluß wurden die Verkehrsverhältnisse besprochen und das Fehlen jeder Fahrgelegenheit nach Mückeberg bemängelt. Der Gemeindevorstand will sich mit der Postbehörde in Verbindung setzen, damit die projektierte Autoverbindung nicht ganz ins Wasser fällt.

Gröden. Gründungsversammlung. Hier soll Sonnabend, den 28. Mai, abends ½9 Uhr, ein Ortsverein unserer Partei gegründet werden. Eine Reihe Genossen haben sich bereit erklärt, die Gründung in die Hand zu nehmen. Sonnabend findet eine öffentliche Versammlung statt, in der Genosse Dietrich (Falkenberg) über die politische Lage sprechen wird. Anschließend Gründung des Ortsvereins.

Grosthiemig. Versammlung. Sonntag, den 29. Mai nachmittags 3 Uhr, spricht Genosse Dietrich (Falkenberg) über die politische Lage. Sorgt für Massenbesuch!

Großmehlen. Gründung eines Ortsvereins. Der Arbeiterradfahrverein hält Sonntag, den 29. Mai, hier sein Stiftungsfest ab. Es besteht der Wunsch, auch hier einen Parteiverein der SPD. ins Leben zu rufen. Dies soll Sonntag geschehen. Genosse Dietrich (Falkenberg) spricht über die Notwendigkeit des Zusammenschlusses in der SPD.

Gelesene „Volksstimmen" sollen nicht weggeworfen, sondern weitergegeben werden.

Sorgt unermüdlich für Verbreitung unserer schärfsten Waffe, der „Volksstimme".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210527-10/fragment/page=0006